Lübecker Volksbote

Organ für die Intereſſen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erſcheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feſttagen) und iſt durch die Expedition, Johannisſtraße 46, und die Poſt zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geſchäftsſtelle:
Johannisſtraße Nr. 46
Fernſprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die ſechsgeſpaltene Petitzeile oder deren Raum 35 Pfg., Verſammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächſte Nummer müſſen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 3. Freitag, den 4. Januar 1918. 25. Jahrg.

Eine neue Welt.

Die Gewalt iſt die Geburtshelferin jeder alten Geſellſchaftsordnung, die mit einer neuen ſchwanger geht. Nur in Wehen werden neue Welten geboren. So will's das unerbittliche Geſetz der Geſchichte. Aus der Tierheit emporgeſtiegen, ein Stück Natur wie andere auch, iſt auch der Menſch dem grauſamen Geſetz unterworfen, das in der ganzen Natur waltet: dem Geſetz des Kampfes ums Daſein. Es herrſcht über uns, wie es über unſere fernen Ahnen herrſchte, die zur Zeit, als noch die Eisdecke über ganz Europa lag, in unwirtlichen Höhlen hauſten. Wie ſie im wilden Kampfe mit Bär und Mammut, in mitleidloſem Ringen Mann gegen Mann ſich täglich ihr Leben erobern mußten, ſo erringen auch wir unſer Leben nur im Kampfe mit der Natur und im Kampfe gegeneinander. Wie ſie nur im Kampfe ums Daſein allmählich die Fähigkeiten und die Tüchtigkeit erwarben, die ſie aus der Tierheit heraushoben, ſo ringen auch wir uns nur in furchtbaren Kämpfen, nur um den Preis von Menſchenopfern ohne Zahl zu neuen, höheren Lebensformen empor.

Seit dreieinhalb Jahren haben alle Völker Europas Opfer ohnegleichen gebracht. Millionen Männer ſind auf den Schlachtfeldern verblutet. Millionen Männer, Frauen und Kinder ſiechen in beiſpielloſem Elend dahin. Einer ganzen Generation wurden Geſundheit und Lebensfreude geraubt. Was Jahrzehnte an Gütern geſchoffen wurde, haben die Granaten in ein paar Tagen zerſtört. Kulturſchätze, die der Genius des Künſtlers und der Fleiß der Werkleute aufgebaut zum Nutzen, zur Freude, zum Stolze der Menſchen, ſind vernichtet. Die ſittlichen Güter, die die Menſchheit in jahrhundertelanger Kulturarbeit errungen, ſind verwahrloſt und verwüſtet im verwildernden Kriege. Aber auch diesmal wächſt aus all dem blutigen Geſchehen eine neue Welt!

Die Herrſchenden wiſſen es ſehr wohl. Sie fühlen es, daß es aus ſo ungeheuerlicher Weltumwälzung keinen Rückweg mehr gibt in die Ordnung vor dem Kriege. Aber noch glauben ſie, ſich mit einem Regenſchirm gegen den raſenden Sturm ſchützen , mit Waſſereimern den ausbrechenden Vulkan löſchen zu können. Vergebens! Eine Umwälzung ohnegleichen hat die Menſchheit aufgerüttelt. Jeder einzelne hat in dieſen dreieinhalb Jahren ſo Gewaltiges, ſo Furchtbares erlebt, daß er ſich nicht wieder einordnen kann in die Ordnung von einſt. Mit elendem Flickwerk am Alten iſt die aufgewühlte Menſchheit nicht mehr zu befriedigen. Ein neuer Geiſt geht durch die Völker, eine neue Zeit will werden!

Ein Häuflein Menſchen hat den Krieg angezettelt; kein Volk ward befragt, ob es den Krieg für notwendig erachtet, ob es ihn führen will. Der Friede wird anders geſchloſſen werden! Der blutbefleckte Zar ſitzt als Gefangener des ruſſiſchen Volkes fern in Sibirien, ſeine Miniſter, Diplomaten und Generale verſtecken ſich in allen Schlupfwinkeln vor der Rache des Volkes, die frei gewählten Vertrauensmänner des ruſſiſchen Proletariats führen in Breſt-Litowſk die Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten. Der Arbeiter- und Soldatenrat als Regierung des großen Rußland, Trotzky als Friedensunterhändler des größten Staates und Krylenko als Oberkommandierender des größten Heeres Europas — das ſind die Symbole der neuen Zeit! Wie der Sieg des franzöſiſchen Bürgertums von 1789 und 1793 den Abſolutismus und Feudalismus in ganz Europa dem Tode geweiht hat, ſo verbürgt der Sieg der ruſſiſchen Arbeiter von 1917 der Demokratie in aller Welt den Sieg. Die Völker wollen nicht mehr über ſich entſcheiden laſſen wie willenloſe Knechte. Sie nehmen ſtolz und ſelbſtbewußt ihr Geſchick in ihre eigene Hand. Es hat ein neues Zeitalter begonnen!

Ein großes Erwachen geht durch die Welt. Totgeglaubte Völker recken ihre Glieder. Polen, das zerteilte, zerſtückelte, aus tauſend Wunden blutende Polen, iſt wiedererſtanden. Finnland iſt frei, die Ukraine autonom. Irland hat den Kampf für ſein unverjährbares Recht wieder aufgenommen. Jahrhunderte alte Gewaltherrſchaft bricht an einem Tage zuſammen. Neue Beziehungen zwiſchen den Völkern kündigen ſich an. Das Völkerrecht, täglich gehöhnt und geſchändet in dieſem furchtbarſten aller Kriege, treibt mit einemmal neue, fruchtverheißende Blüten. Graf Czernin ſelbſt, der konſervative Miniſter des rückſtändigſten Staates Europas, kündigt eine neue Weltordnung an, in der die Heere abgerüſtet werden und die Streitigkeiten zwiſchen den Völkern nicht mehr in blutigem Kriege, ſondern friedlich vor dem Richter ausgetragen werden ſollen. Ein neues Europa ringt ſich empor: ein Europa, in dem jedes Volk ſeine freie Heimſtätte beſitzen und alle Völker vereint ſein werden zu gemeinſamer friedlicher Arbeit!

Alle, alle heiſchen ihr gleiches Bürgerrecht in der neuen Welt. Im Kriege hat der Aermſte neben dem Reichſten, der Arbeiter neben dem Kapitaliſten gekämpft; der Staat kann nicht mehr den Mann in der Arbeiterbluſe, der geſtern Leib und Leben für das Vaterland gewagt hat, als Bürger minderen Rechts behandeln. Schon ſind die Wahlrechtsprivilegien in Rußland, England, Holland gefallen, ſchon ſind ſie in Preußen und Ungarn erſchüttert. Und auch den Frauen kann man das gleiche Recht nicht mehr verweigern. Vorüber die Zeit, da Philiſterhochmut die Frauen höhniſch in die Küche wies! Sie haben den Krieg mitgeführt als Arbeiterinnen in allen Fabriken, als Beamtinnen in allen Schreibſtuben, als Schaffnerinnen auf allen Eiſenbahnen; ſie haben die Landwirtſchaft aufrecht erhalten in der Zeit, als keine Männer da waren, den Boden zu bebauen, und betreuen Haushalt und Kinder in der Zeit der Kriegsnot. Sie haben dem Vaterland ihre Gatten, ihre Söhne geopfert; haben, während ihre Lieben im Felde waren, in der bangen Sorge um ſie Tag für Tag und Nacht für Nacht viel, viel Schlimmeres ertragen als die Männer auf dem Schlachtfeld! Wer will ihnen in Zukunft verweigern, dort mitzureden, wo über Krieg und Frieden, über Lohn und Preis entſchieden wird? Schon iſt das Frauenwahlrecht in Rußland, in England, in vielen kleineren Ländern errungen; auch ſeinen Siegeszug wird kein Vorurteil aufhalten!

Aber viel tiefer noch reicht die große Umwälzung. Denn politiſche Rechte ſind immer nur Mittel; ſoziale Neugeſtaltung iſt ihr Zweck. Und ſchon ſehen wir auch die neue ſoziale Ordnung keimen in dem großen Geſchehen. Der Achtſtundentag, die große Verheißung des erſten Mai, iſt im ganzen großen ruſſiſchen Reiche zur Wirklichkeit geworden, er iſt in Rußland, Finnland und der Ukraine zum Geſetz, zum Grundrecht der Arbeiter erklärt. — Das Bodenmonopol der Grundherrenklaſſe iſt in ganz Oſteuropa zuſammengebrochen; der Grund und Boden des Adels, der Kirche, der Kapitaliſten iſt in ganz Rußland zum Gemeinbeſitz des Volkes geworden! Und ſchon zittern die Schlachzizen in Polen, die Bojaren in Rumänien vor der Werbekraft des großen Beiſpiels, das die ruſſiſche Agrarumwälzung dem Landvolk aller Länder gibt! Aber nicht nur das Grundeigentum, auch das Eigentum der Induſtrieherren iſt an ſeiner Wurzel getroffen. Kein Unternehmer iſt mehr „Herr im eigenen Hauſe“, überall hat der Staat Fabriken und Bergwerke ſeinem Kommando unterworfen. Freilich, er tut es heute nur für die Zwecke des Staates, tut es ſo, daß die Kapitaliſten dabei ungeheuerliche Gewinne einheimſen und den Arbeitern dieſer vorgebliche Kriegsſozialismus nichts bringt als die drückendſte Knechtſchaft. Und dennoch iſt es der Sieg eines Prinzips! Die Zeit wird kommen, in der der Staat nichts anderes mehr ſein wird als das Inſtrument der arbeitenden Volksmaſſen, die die Macht im Staate errungen haben; dann wird die Herrſchaft des Staates über die Fabriken und Bergwerke wirklicher Sozialismus ſein: Herrſchaft der Arbeiter über die Arbeitsmittel, die ſie gebrauchen, und über den Arbeitsertrag, der aus ihrer Arbeit quillt!

Wie die Napoleoniſchen Kriege das Zeitalter eingeleitet haben, in dem ſich die bürgerliche Geſellſchaftsordnung überall durchgeſetzt hat, ſo leitet der Weltkrieg von heute das Zeitalter der großen Klaſſenkämpfe ein, in denen die Arbeiterklaſſe die Macht erobern, der Sozialismus triumphieren wird. Wehe dem Staat, der ſich unfähig erwieſe, ſich den neuen Erforderniſſen der aufſteigenden Demokratie anzupaſſen! Für ihn bliebe kein Raum in der neuen Staatenordnung Europas. Denn nichts wird den Siegeszug der neuen Welt aufhalten. Durch unerhörtes Erlebnis ſind die Völker geweckt und aufgepeitſcht worden; eine unerhörte Welt wird aus ihrem Willen erſtehen. Neue Welten werden geboren.

Die Friedensverhandlungen mit Rußland vor dem Hauptausſchuß des Reichstages.

Der Hauptausſchuß des Reichstages trat in Anweſenheit zahlreicher Abgeordneter am Donnerstag nachmittag zuſammen. Der Reichskanzler Graf Hertling begrüßte den Ausſchuß mit dem Hinweis darauf, daß die ganze Welt die Friedensverhandlungen mit all ihren Begleiterſcheinungen mit der größten Aufmerkſamkeit verfolgte. Die Regierung lege großen Wert darauf, auch die Meinung des Reichstages in dieſer Situation kennen zu lernen. — Unterſtaatsſekretär v. Buſche beſprach dann die Verhandlungen in Breſt-Litowſk ohne aber mehr mitzuteilen, als was bereits durch die Preſſe bekannt war. Er ſtellte ausdrücklich feſt, daß die Entente eine geradezu fieberhafte Tätigkeit entfalte, um die Verhandlungen in Breſt-Litowſk zu hintertreiben. Wir mußten den Ruſſen klarlegen, daß für Polen, Livland und Kurland die Trennung von Rußland bereits beſchloſſene Tatſache ſei. — Von großer Bedeutung war der andere Teil der Verhandlungen, der ſich auf die wirtſchaftlichen Fragen bezog. Redner machte darüber eine Reihe ſtreng vertraulicher Mitteilungen, aus denen mitgeteilt werden kann, daß Einigkeit darüber beſteht, daß dem Kriege kein Wirtſchaftskrieg folgen dürfe. Rußland iſt bereit, die während des Krieges gegen die Deutſchen und ihre Verbündeten erlaſſenen Kriegsgeſetze aufzuheben und jeden Schaden, der Angehörigen dieſer Mächte zugefügt wurde, wieder gut zu machen. Eine Anzahl Spezialfragen ſind beſonderen Kommiſſionen überwieſen worden, ſo vor allen Dingen die Frage des Austauſches der Gefangenen.

Auf Vorſchlag des Vorſitzenden wird zunächſt nur in eine Ausſprache über die politiſchen Fragen eingetreten. Auf den Wunſch, dem Reichstage ſchleunigſt eine Denkſchrift über alle einſchlägigen Fragen vorzulegen, antwortete Staatsſekretär Graf Rödern, daß man ſich von einer Denkſchrift nicht zu viel verſprechen dürfe, weil keine der Fragen, um die es ſich handele, als abgeſchloſſen gelten könne. Demgegenüber wurde aus dem Ausſchuß heraus der größte Wert darauf gelegt, eine ſolche Denkſchrift raſch zu erhalten. Insbeſondere war es Abg. Ebert, der darauf hinwies, daß man entſcheidendes Gewicht auf die wirtſchaftlichen Fragen legen und deshalb auf der Vorlegung des Materials beharren müſſe. Außerdem müßten auch ſämtliche Funkſprüche der ruſſiſchen Regierung vorgelegt werden, ferner alle Erklärungen, die von Körperſchaften in den beſetzten Gebieten des Oſtens abgegeben worden ſind. Dieſer Auffaſſung wurde allgemein zugeſtimmt. Es erregte ziemliches Befremden, als Unterſtaatsſekretär v. Buſche erklärte, daß man bereit ſei, das Material zuſammenzuſuchen. — Abg. Ledebour machte die Aufſehen erregende Mitteilung, daß das Kriegsminiſterium von den Alldeutſchen Rohrbach und Schiemann eine Denkſchrift für die deutſchen Vertreter hat herſtellen laſſen und verlangt, auch dieſe Denkſchrift vorzulegen. Der Vertreter de sAuswärtigen Amtes, ſowie ein Vertreter des Kriegsminiſteriums erklärten, von einer ſolchen Denkſchrift ſei ihnen nichts bekannt. Abg. Erzberger beſprach dann in einer ausführlichen Rede den ganzen Komplex der politiſchen Fragen, der mit dieſen Verhandlungen im Zuſammenhange ſteht und wies vor allem darauf hin, daß die Differenz zwiſchen den ruſſiſchen und den deutſchen Vorſchlägen nicht ſo groß ſei, daß ſie nicht bei einigem guten Willen ausgeglichen werden könne. Der Redner vertrat den Standpunkt des unbedingten Selbſtbeſtimmungsrechtes der Völker und betonte ausdrücklich, daß nur das Feſthalten an dieſem Gedanken und ſeine konſequente Durchführung uns den baldigen Frieden bringen könne. — Staatsſekretär Graf Rödern erklärte auf eine Bemerkung des Abg. Erzberger, daß zwiſchen dem Kanzler und der Militärverwaltung in Litauen völlige Einigkeit darüber beſtehe, daß der Landesrat in den nächſten Tagen zuſammentreten ſolle. — Abg. Dr. David polemiſierte zunächſt gegen den Staatsſekretär, der durchaus keinerlei Aufklärungen gegeben habe. Das Vorgehen der Ruſſen zeige, daß die Geheimdiplomatie durchaus keine Notwendigkeit ſei. Der Friede, der komme, könne nur ein Verſtändigungsfriede ſein, der allein eine Garantie für die Dauer in ſich tragen könne. Aus dieſem Grunde ſei das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker immer in den Vordergrund zu ſtellen. **Die Völker ſeien keine Hammelherde, über die nach Belieben verfügt werden könne.** Und das Hauptziel müſſe ſein, die Koalition zu ſprengen, die ſich gegen Deutſchland gebildet hat. Dann werde die Möglichkeit der freien Entwickelung gegeben ſein. Von einem ſolchen Ausgang des Krieges könne man durchaus befriedigt ſein. Die Ziele der Alldeutſchen ſind derart, daß man ernſtlich über ſie nicht diskutieren könne. Ueber die praktiſche Durchführung des Selbſtbeſtimmungsrechts beſteht noch eine Differenz, über deren Größe wir uns noch nicht klar ſind. Wie ſteht es mit den über Polen, Litauen und Kurland angeblich bereits getroffenen Beſchlüſſen, die uns nicht mitgeteilt ſind? Bei der Durchführung des Selbſtbeſtimmungsrechts verlangen wir, daß es offen und ehrlich zugeht. Auch den Schein muß man vermeiden, das verlangt unſer Anſehen im Ausland, auch das Anſehen des Reichstages, der ſeine Auffaſſung am 19. Juli ausgeſprochen hat. Die Vertretung in Polen, Litauen und Kurland reicht nicht aus, aber man kann an ſie anknüpfen und ſie ausbauen, ſo daß ſie ſich aus allen Parteien zuſammenſetzt. Sie müſſen ſich ergänzen, um als Vorinſtanz gelten zu können, dann entſcheidet endgültig eine konſtituierende Verſammlung. Geht es bei deren Wahl ehrlich demokratiſch zu, ſo iſt ihre Abſtimmung beſſer als ein direktes Referendum. Die übrigen Fragen laſſen ſich dann verhältnismäßig leicht löſen. Die Grenzfeſtſetzung müſſen Deutſchland und Rußland im Einverſtändnis vornehmen. Den einheimiſchen Vertretungen muß ſehr bald die Verwaltung übertragen werden. **Am beſten überlaſſen wir die Löſung der Polenfrage den Polen ſelbſt.** Hoffentlich iſt die Sache mit dem litauiſchen Landesrat nun in Ordnung. Die Zuſammenſetzung der kurländiſchen Landesvertretung genügt nicht als Ausfluß der Volksſtimmung.

Der Vorſitzende macht auf die frühere Uebung aufmerkſam, die Namen der Redner aus dem Ausſchuß nicht zu nennen. Die ſozialdemokratiſchen Mitglieder bemerken, daß zwar ein derartiger Wunſch ſeinerzeit geäußert wurde, ſie aber ſich nie daran gebunden hätten und auch in Zukunft nicht daran binden könnten. Der Vorſitzende läßt darauf ſeine Anregung fallen. — Die Weiterberatung wurde auf Freitag vertagt.

Die Ausſichten der deutſch-ruſſiſchen Verſtändigung.

Die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, gibt in einem Artikel, der anſcheinend auf Informationen aus Regierungskreiſen beruht, Aufſchluß über den Verlauf der Verhandlungen, die am Mittwoch zwiſchen Regierungs- und Reichstagsvertretern ſtattfanden. Das Blatt ſchreibt:

„....Ueber die vorgeſtrige Zuſammenkunft des Herrn v. Kühlmann mit den Parlamentariern iſt kein offiziöſer Bericht ausgegeben worden. Daraus kann jedoch nicht geſchloſſen werden, daß die Einmütigkeit vom Dezember am 1. Januar weſentlich gemindert geweſen ſei. Vielmehr iſt es ſelbſtverſtändlich, daß diesmal mit der Stellungnahme des **Hauptausſchuſſes des Reichstages** in keiner Weiſe vorgegriffen werden ſollte. Und wie deſſen Stellungnahme ausfallen wird, darüber dürften ernſte Zweifel unſeres Erachtens auf keiner Seite beſtehen. Der Hauptausſchuß wird ſich mindeſtens mit ſehr **ſtarker Mehrheit hinter die Reichsregierung** ſtellen, die in ihrem Friedensprogramm durchaus die Richtlinien verfolgt, welche die Reichstagsmehrheit verkündet hat. **Darüber hilft aller Aerger der Alldeutſchen nicht hinweg,** auch nicht, wenn das deutſche Volk etwa in Bälde erkennen ſollte, daß dieſer Friede weit beſſer ſein wird, als ihn die Alldeutſchen immer — ausgelegt haben.

Wir glauben, daß im Mittelpunkt der parlamentariſchen Erörterungen dieſer Tage die Frage des Selbſtbeſtimmungsrechts jener Grenzvölker ſtehen wird, deren Länder der Krieg in unſere Hand gebracht hat. Das iſt ſchon deshalb zu erwarten, weil in der Hauptſache nur über dieſen Punkt zwiſchen Deutſchland und dem neuen Rußland eine volle Einigung noch nicht zuſtande gekommen iſt. Unſere Friedensunterhändler hielten an den Voten der Landesausſchüſſe als dem Ausdruck der wahren Volksmeinung feſt, während die Ruſſen nach einem beſonderen Referendum zu verlangen ſchienen. Dieſer Gegenſatz iſt aber keineswegs ein ſolcher in der grundſätzlichen Auffaſſung des Selbſtbeſtimmungsrechtes für die betreffenden Grenzländer, ſondern nur eine Frage der Ausführung. An dem Grundſatz wird die deutſche Regierung unſerer Ueberzeugung nach ebenſowenig rütteln laſſen wollen, wie die ruſſiſche Vertretung. Es wird alſo wohl möglich ſein, daß man für die Verwirklichung des Rechtstitels, den der Friedensvertrag den Polen, Litauern, Kurländern uſw. geben will, eine mittlere Linie findet, die in der Hauptſache an den vorhandenen Volksvertretungen als Willenserklärer feſthielte, ſie aber auf eine breitere Baſis ſtellen würde, wo es wünſchenswert erſcheint. Wenn man dann zur ſchnellen Durchführung des ſo ermittelten wahren Volkswillens die Hand bieten wollte, könnten die Oſtfragen zur beiderſeitigen Zufriedenheit ſo ſchnell endgültig erledigt werden, wie es zu wünſchen vor allem die Ruſſen, denen die innere Ordnung ihrer Länder am Herzen liegt, guten Anlaß haben dürften.“

Vielleicht iſt dieſe Meinung ſtark optimiſtiſch gefärbt, doch darf auch aus dem Neujahrstelegrammwechſel zwiſchen dem Reichstagspräſidenten und dem Kaiſer geſchloſſen werden, daß feſt mit dem Zuſtandekommen des Friedens in naher Zukunft, wenigſtens Rußland gegenüber, gerechnet wird. In der Frage der Volksabſtimmung bei den Polen, Litauern, Kurländern uſw. über ihre künftige Staatsangehörigkeit hat ſchon Genoſſe Göhre im „Vorwärts“ einen ähnlichen Vorſchlag gemacht, wie ihn hier das Zentrumsblatt als möglichen Ausweg angibt: nämlich die Wahl einer Volksvertretung, die freilich nicht, wie das jetzt bei den kurländiſchen und litauiſchen „Landtagen“ der Fall iſt, nach mecklenburgiſcher Art zuſtande komme, ſondern aus allgemeinen Wahlen hervorgeht. Dieſer Volksvertretung ſollte dann die entſcheidende Abſtimmung überlaſſen bleiben. Es iſt daher den einſtweiligen „Unabhängigkeitserklärungen“ der Grenzvölker nur ein vorläufiger oder gar kein Wert beizumeſſen, weil ſie eben nicht als Ausdruck der wahren Volksmeinung gelten können.

*

Die Polen auf der Friedenskonferenz.

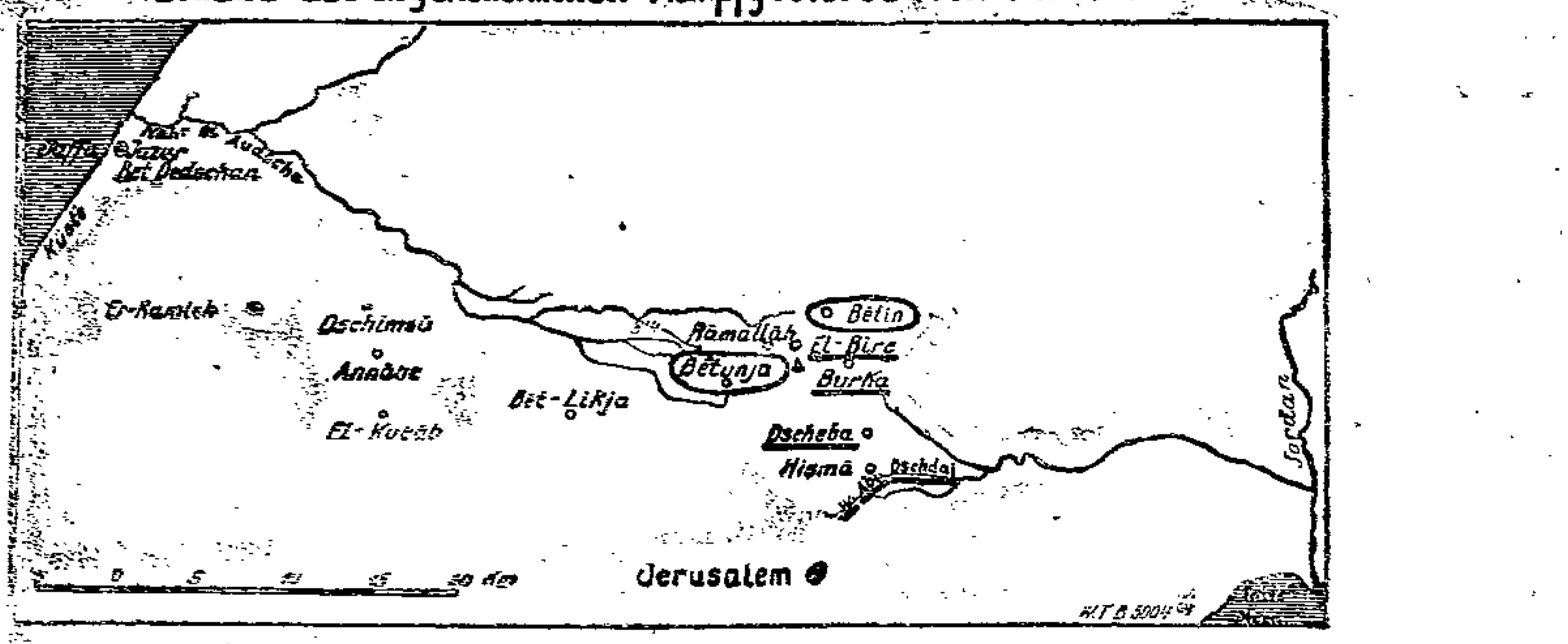
Die Mittelmächte ſtehen einer Zulaſſung polniſcher Vertreter zu den Friedensverhandlungen in Breſt-Litowſk wohlwollend gegenüber. Es dürfte ſich aber dabei kaum um die Zulaſſung ſtimmberechtigter Mitglieder, ſondern vielmehr um Sachverſtändige handeln, die von Fall zu Fall in Sonderfragen gehört werden. Die in Breſt-Litowſk eingetroffenen Ukrainer ſind Abgeordnete der Ukrainiſchen Zentralrada, die wahrſcheinlich über die Selbſtändigkeitserklärung der Ukraine offizielle Mitteilungen machen werden. Auf eine telegraphiſche Anfrage hat Staatsſekretär v. Kühlmann ſeine Bereitwilligkeit ausgeſprochen, mit den ukrainiſchen Vertretern zu verhandeln.

*

Die Vertreter der Ukraine.

Breſt-Litowſk, 3. Januar. Am 1. Januar iſt hier die Friedensdelegation der ukrainiſchen Volksrepublik, zuſammengeſetzt aus folgenden vier Bevollmächtigten, eingetroffen: [illegible] N. M. Ljubinſkij, M. A. Poloſow, A. A. Sewrjuk. Alle vier Vertreter ſind Mitglieder der ukrainiſchen Zentralrada (des ukrainiſchen Parlaments) und der allruſſiſchen Konſtituierenden Verſammlung in Petersburg. Die Delegierten der Ukraine haben alle Vollmachten von der Regierung des ukrainiſchen Volkes zur Führung der Friedensverhandlungen. Die Delegierten haben erklärt, daß nach der Note des Generalſekretärs der Regierung der Ukraine die ukrainiſche Republik jetzt den Weg ſelbſtändiger internationaler Beziehungen einſchlage. Die Bevollmächtigten der Ukraine bemerkten, daß ſie bedauerlicherweiſe gezwungen ſeien, die Tatſache zu konſtatieren, daß die deutſche Preſſe bezüglich der wahren Sachlage in der Ukrainiſchen Republik ſehr ſchlecht orientiert ſei. So ſei z. B. die deutſche Geſellſchaft durch unwahrſcheinliche und geradezu phantaſtiſche Nachrichten über die gegenſeitigen Beziehungen zwiſchen der Ukraine und Frankreich, ſowie England verwirrt worden. Die Ukrainer hätten zur Zeit der Kriegserklärung keinen Staatskörper gebildet und hätten weder direkt noch indirekt an der Entfeſſelung des Weltbrandes Anteil gehabt. Jetzt, nachdem das Volk der Ukraine einen feſten Staat geſchaffen habe, wünſche es den ſchleunigen Abſchluß eines demokratiſchen Friedens, und es werde ſicherlich jemand gelingen, es von dieſem Wege abzubringen. Die Ukrainer, die ſich immer ſo heiß um den ſelbſtändigen Ausbau der Formen ihres Staatslebens bemüht hätten, wüßten, daß erſt vom Augenblick des Abſchluſſes eines demokratiſchen Friedens ab, der die ökonomiſchen und kulturellen Intereſſen der Ukraine ſichern würde, eine neue Lebensära des Aufblühens der bis dahin unterdrückten und unausgenutzten Lebenskräfte des am Rande der Sklaverei befreiten Volkes anbrechen werde. Die Delegierten der Ukraine hofften, daß ſie bei den Friedensverhandlungen ſolidariſch mit den Vertretern des Rates der Volkskommiſſare würden vorgehen können. In den nächſten Tagen wird das Eintreffen der übrigen Mitglieder der Delegation erwartet, darunter auch des [illegible].

Skizze des augenblicklichen Kampfgebietes von Palästina.



—— unterstrichene Namen sind von den Engländer in den letzten Berichten als erreicht erwähnt.

○ Eingekreiste Namen sind im türkischen Bericht als behauptet genannt.

Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.

WTB. Berlin, 3. Januar, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsſchauplätzen nichts Neues.

*

Wien, 3. Januar. (Amtlich.)

Oeſtlicher Kriegsſchauplatz.

Waffenſtillſtand.

Italieniſcher Kriegsſchauplatz.

Keine beſonderen Ereigniſſe.

Frankreich und Belgien.

Die Hoffnung der Entente.

General Petain richtete zu Neujahr einen Tagesbefehl an die franzöſiſche Armee, in dem er u. a. ſagt: „Die Schwäche Rußlands erſchütterte euren Glauben nicht, der durch den täglich wachſenden Beiſtand der Vereinigten Staaten gekräftigt wird.“ Schließlich erklärte er, daß, wenn der Eiligſte nach Frieden verlange, der Beharrlichſte deſſen Bedingungen feſtſetzen werde.

*

Die franzöſiſchen Sozialiſten rühren ſich.

Die franzöſiſchen Sozialiſten ſcheinen endlich den Mut gefunden zu haben, gegen die verbrecheriſche Kriegspolitik der augenblicklichen Machthaber in Frankreich aufzutreten. In einem Leitartikel in der „Humanite“ fordert Renaudel die ſofortige Bekanntgabe der Friedensbedingungen Frankreichs, damit dem verbrecheriſchen Morden ein Ende gemacht werden könne. Gleichzeitig werden folgenſchwere ſozialiſtiſche Interpellationen über die Außenpolitik der Regierung Clemenceau nach Schluß der Kammerferien angekündigt. — Ein beſonders ſcharfer Ton herrſcht in einem Artikel der Zeitung „Pays“. Es wird darin erklärt, daß Frankreich niemals ſeinen Verbündeten gegenüber genügend Rückgrat beſeſſen hätte, wodurch das unglückliche Land verblutet und in ſeinen jetzigen Zuſtand gekommen ſei. Wie in der Arena, ſo rufen die Verbündeten dem franzöſiſchen Kampfſtier „Bravo toro!“ zu, ohne ſich weiter zu rühren. Der Artikel iſt im übrigen faſt völlig von der Zenſur geſtrichen.

Rußland.

Direkter Poſtverkehr mit Rußland.

Aus Petersburg wird berichtet: Nach einer Mitteilung der ruſſiſchen Poſtbehörden iſt der direkte Poſtverkehr mit Deutſchland, Oeſterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei wieder zugelaſſen, doch unterliegt die Korreſpondenz der Kriegszenſur.

*

Die litauiſche Unabhängigkeitserklärung.

Die Erklärung des litauiſchen Staatsrats über die Loslöſung Litauens von Rußland, auf die ſich die Erklärung des Grafen Czernin vom 25. Dezember v. J. bezieht, hat nach dem Litauiſchen Preſſebureau (Lauſanne) folgenden Wortlaut:

In Anbetracht 1. daß Litauen vom 13. bis Ende des 18. Jahrhunderts unabhängig war, 2. daß das durch Rußland gewaltſam annektierte Litauen niemals aufgehört hat, ſeine Unabhängigkeit zu verlangen, ſogar mit der Waffe in der Hand (1830, 1863 und 1905), 3. daß Litauen von der zariſchen Regierung während 120 Jahren auf ſchändliche Weiſe unterdrückt und mißhandelt worden iſt und daß nach der Revolution auch die proviſoriſche Regierung keine Notiz von ſeinen Anſprüchen genommen hat, trotzdem Litauen von Anfang an Anhänger der neuen Regierung war (Deklaration vom 4. April 1917); 4. daß im gegenwärtigen Moment der größte Teil Litauens von den Deutſchen beſetzt iſt und daß das, durch die letzten Ereigniſſe ſich in einer ganz neuen Situation befindliche Rußland in die Unmöglichkeit verſetzt iſt, ſeine Pflichten und Verpflichtungen dem litauiſchen Volke gegenüber zu erfüllen, welch letzteres ſeinerſeits jedoch ungeachtet der während eines Jahrhunderts erlittenen Unterdrückung bis auf den heutigen Tag nicht aufgehört hat, ſeinen Verpflichtungen gegen den ruſſiſchen Staat rechtmäßig nachzukommen, erklärt der litauiſche Staatsrat als treuer Bewahrer und Wächter der höchſten Intereſſen des Vaterlandes:

1. daß das litauiſche Volk ſich von jetzt ab dem ruſſiſchen Staat gegenüber aller Bande los und ledig betrachtet;

2. daß das litauiſche Volk, indem es ſich auf das von den Räten proklamierte Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker beruft, das Recht und die Pflicht hat, ſein Schickſal ſelbſt in die Hand zu nehmen und ſeine Unabhängigkeit durch die fremden Mächte anerkennen zu laſſen.

*

Gewalttat der rumäniſchen Bureaukratie gegen ruſſiſche Revolutionäre.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Volkskommiſſar für die auswärtigen Angelegenheiten gibt folgende Mitteilungen bekannt: Das Dorf Leova und einige Dörfer in Beſſarabien ſind durch die rumäniſchen Truppen beſetzt und einige Revolutionäre erſchoſſen worden. Nach einer authentiſchen Mitteilung luden die Rumänen durch einen ruſſiſchen Oberſten und einen rumäniſchen General alle Mitglieder des Ausſchuſſes nach Jaſſy ein, wobei ſie ihnen völlige Sicherheit gewährleiſteten. Indeſſen wurde der ganze Ausſchuß in Jaſſy feſtgenommen und alle Mitglieder vor die rumäniſche Behörde gebracht. Die rumäniſchen Behörden verſuchten alle zu erſchießen; aber die Koſaken beſannen ſich eines Beſſeren und hinderten ſie daran. Derartige verbrecheriſche Handlungen können nicht geduldet werden. Wir erſuchen den Herrn rumäniſchen Geſandten, uns heute noch mitzuteilen, **welche Maßnahmen bis jetzt ergriffen worden ſind, um die verbrecheriſchen Elemente und die rumäniſchen Offiziere und Beamten zu züchtigen,** welche Hand gegen die ruſſiſche Revolution erhoben. Wir halten es für dringend geboten, die rumäniſche Geſandtſchaft davon zu benachrichtigen, daß **die ruſſiſche Republik keinerlei Unterdrückung mehr dulden wird, nicht nur gegen ruſſiſche Revolutionäre, ſondern auch gegen rumäniſche Revolutionäre und Sozialiſten.** Jeder rumäniſche Soldat, Arbeiter und Bauer findet die Unterſtützung der Macht der ruſſiſchen Sowjets gegen die Willkür der reaktionären rumäniſchen Bureaukratie. Wir erachten es für nötig, den rumäniſchen Behörden durch ihre Geſandtſchaft mitzuteilen, daß die Macht der Sowjets auch vor den ſchärfſten Maßnahmen gegen die rumäniſchen Verſchwörer und Gegenrevolutionäre, die Helfershelfer von Kaledin und Tſcherbatſchew, nicht zurückſchrecken wird.

*

Telegrammwechſel zwiſchen der ruſſiſchen und der rumäniſchen Regierung.

Aus Petersburg wird berichtet: Die Lebensmittelzufuhr für die 4. ruſſiſche Armee, beſtehend aus ukrainiſchen Truppen unter Tſcherbatſchew, iſt eingeſtellt worden. Ferner wurde ein militäriſches Revolutionskomitee gebildet. Es wird ein Telegrammwechſel zwiſchen der maximaliſtiſchen und der rumäniſchen Regierung anläßlich der Komplotte gegen die ruſſiſche Revolution geführt. Die Antwort der rumäniſchen Regierung iſt ungenügend. Das Komplott iſt infolge der Plünderung und Verwüſtung der rumäniſchen Dörfer durch ruſſiſche Soldaten entſtanden. Die rumäniſche Regierung hat eingegriffen, um die Ordnung wieder herzuſtellen.

England.

Das Friedensprogramm der engliſchen Arbeiterpartei.

(Reutermeldung.) Die Arbeiterpartei ſtellte für den im Juni ſtattfindenden Parteikongreß folgendes Programm für ihre Politik nach dem Kriege auf. Die neue Geſellſchaftsordnung darf nicht durch die individualiſtiſche kapitaliſtiſche Produktion, ſondern nur auf Kooperation und Verteilung, nicht auf aufgezwungene Herrſchaft oder unterworfene Völker, unterworfene Kolonien, unterworfene Klaſſen und auf Rechtloſigkeit der Frauen, ſondern auf gleiche Freiheit gegründet ſein. In dem Programm wird die allgemeine Einführung von Mindeſtlöhnen und Beſchaffung von Arbeitsgelegenheit für Soldaten und Arbeiter bei der Demobiliſation empfohlen. **Die Arbeitszeit ſoll auf 48 Stunden pro Woche beſchränkt werden.** Bergbau, Eiſenbahnweſen, Elektrizitätsweſen und Verſicherung ſollen verſtaatlicht werden. Die Einführung von Schutzzöllen wird abgelehnt, dafür aber Beſteuerung des Kapitals gefordert.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Engliſche Anerkennung für den deutſchen Oberbefehlshaber in Oſtafrika.

Die Londoner Wochenſchrift „Truth“ widmet dem deutſchen Oberbefehlshaber in Oſtafrika folgende Worte der Anerkennung: Lettow-Vorbeck erwies ſich als ein tüchtiger Truppenführer, der mehr als drei Jahre gegen mächtige Streitkräfte unter Umſtänden kämpfte, die auf einen weniger energiſchen Kommandanten lähmend gewirkt hätten. Was der deutſche Kaiſer vor ein paar Monaten von ihm ſagte, nämlich, daß die Welt niemals erwartete, was ſeine Kraft ermöglichte, iſt wahr.

*

Amerikaniſche Maßnahmen gegen Deutſche.

Nach einem Amſterdamer Blatt erfährt die „Times“ aus Waſhington: Das Juſtizdepartement gibt bekannt, daß am 4. Januar mit der Einſchreibung von ungefähr einer halben Million naturaliſierter Deutſcher als feindliche Ausländer zum Schutze gegen Spionage und Sabotage begonnen werden ſoll. Die Polizeibeamten, Poſtmeiſter und andere Beamte werden dieſe Aufnahmen leiten. **Von allen männlichen feindlichen Untertanen über 14 Jahre werden Fingerabdrücke gemacht. Alle bekommen eine Ausweiskarte. Dieſe Karte müſſen ſie ſtets bei ſich tragen. Sie dürfen auch nicht ohne Zuſtimmung der Polizei ihre Wohnung verändern. Die Oeſterreicher und Ungarn werden vorläufig von den Maßregeln noch nicht betroffen.**

Für unſere Feldgrauen.

Austauſch von Facharbeitern.

Die aus dem Felde zurückgezogenen Facharbeiter klagen lebhaft darüber, daß ſie vielfach weitab vom Wohnſitz ihrer Familie beſchäftigt werden. Damit erhöhen ſich naturgemäß die Koſten des Lebensunterhalts ganz erheblich. Von ſozialdemokratiſcher Seite iſt deshalb beim Kriegsamt angeregt worden, dieſe Facharbeiter auf ihren Wunſch möglichſt an Arbeitsſtellen zu beſchäftigen, die ſich am Wohnſitz ihrer Familien oder doch in der Nähe befinden. Das Kriegsamt hat darauf geantwortet:

„Es beſteht bereits eine Verfügung, daß die Entlaſſung der Facharbeiter möglichſt an die am Wohnſitz der Familie oder in deren Nähe gelegene alte Arbeitsſtätte des Arbeiters geſchehen ſoll. Es wird auch angeſtrebt, Arbeiter, die fern vom Wohnort ihrer Familie beſchäftigt ſind, ſo auszutauſchen, daß ſie an ihrem Wohnſitz oder in deſſen Nähe zur Arbeit kommen. Eingereichte Geſuche Verheirateter um Verſetzung werden wohlwollend geprüft und den in Frage kommenden ſtellvertretenden Generalkommandos zur Erſatzgeſtellung vorgelegt."

Es dürfte ſich alſo empfehlen, in ſolchen Fällen Geſuche um Verſetzung an das Kriegsamt, Berlin W., Leipziger Platz 13, zu richten und dieſe Geſuche eingehend zu begründen. Dagegen konnte einem weiteren Wunſche, nämlich den Facharbeitern die Kriegszuſchläge für Schnellzüge zu erlaſſen, keine Folge gegeben werden. Der Standpunkt der Heeresverwaltung wird dahin präziſiert: „Bezüglich der in die Rüſtungsinduſtrie entlaſſenen Mehrpflichtigen iſt grundſätzlich der Standpunkt eingenommen worden, daß dieſe Leute wie freie Arbeiter anzuſehen ſind und genau ſo wie dieſe entlohnt werden. Bezüglich der Fahrpreiſe für Schnellzüge ihnen eine Ausnahme zuzubilligen, würde ſomit der übrigen Arbeiterſchaft gegenüber nicht gerechtfertigt werden können."

Dieſer Anſicht kann man beim beſten Willen nicht zuſtimmen. Die zur Rüſtungsinduſtrie entlaſſenen Wehrpflichtigen haben im Gegenſatz zu den dort beſchäftigten freien Arbeitern ihre Familien nicht am Arbeitsort, ſondern vielfach recht weit davon entfernt. Der Arbeitsurlaub, den ſie bekommen, iſt meiſt derart knapp bemeſſen, daß ſie die teueren Schnellzüge benutzen müſſen, ſomit alſo den freien Arbeitern gegenüber im Nachteil ſind. Ihnen unter dieſen Umſtänden die Schnellzugszuſchläge zu erlaſſen, würde alſo keine Bevorzugung ſein, ſondern erſt recht eigentlich eine Gleichſtellung bedeuten.

Das Arbeitsverhältnis kommandierter Mannſchaften.

Nach einer Verfügung des preußiſchen Kriegsminiſteriums, die auch von Sachſen und Württemberg übernommen wurde, iſt bei Kommandierung von Unteroffizieren und Mannſchaften zu gewerblicher Tätigkeit grundſätzlich daran feſtzuhalten, daß den Kommandierten ſeitens des Arbeitsgebers dasſelbe Einkommen gewährt werden muß, welches freie Arbeiter aus der gleichen Tätigkeit erhalten. Da die Kommandierten — als Soldaten — Anſpruch auf militäriſche Löhnung, Unterkunft und Verpflegung haben, ſind die Beträge dafür als Teile des Einkommens mit in Rechnung zu ſtellen. Die Löhnung erhält der Kommandierte grundſätzlich durch die Militärbehörde, die den Betrag wiederum vom Arbeitgeber erhält. Wenn auch Verpflegung und Unterkunft während des Kommandos von militäriſcher Seite weitergewährt werden, ſo ſind auch deren Koſten vom Arbeitgeber zu erſetzen. Alle dieſe Auslagen darf der Arbeitgeber dem Arbeiter von dem ortsüblichen Lohn abziehen. Da die betreffenden Mannſchaften, wie andere Kommandierte, ſeitens der Heeresverwaltung auch mit Bekleidung verſehen werden, eine Entſchädigung für die benutzten Uniformſtücke aber von den Mannſchaften nicht gefordert werden kann, iſt in gleicher Weiſe von dem Arbeitgeber die Gewährung einer angemeſſenen, von den ſtellv. Generalkommandos feſtzuſetzenden Entſchädigung für die Uniformabnutzung zu verlangen.

Die beiden ſächſiſchen Generalkommandos hatten dieſe Entſchädigung für Abnützung auf 76 Pfennig pro Tag für den Mann, auf 77 Pfennig für den Unteroffizier feſtgeſetzt. Dieſe zweifellos viel zu hohen Sätze ſind nun ſeit dem 21. Dezember 1917 auf 22 Pfennig pro Tag herabgeſetzt worden. Die Unternehmer ziehen den Kommandierten natürlich auch dieſe Beträge vom Lohne ab.

Anders liegen die Dinge bei den zu der Arbeit beurlaubten Mannſchaften. Sie ſind völlig freie Arbeiter, die von der Militärverwaltung weder Löhnung noch Verpflegung oder Unterkunft erhalten und deshalb auch weder direkt noch indirekt eine Abgabe an die Militärverwaltung zu leiſten haben.

Wiederverwendung Ausgemuſterter.

Nach § 15 des Reichsmilitärgeſetzes waren Mannſchaften, welche wegen körperlicher und geiſtiger Gebrechen dauernd dienſtunbrauchbar befunden wurden, von jeder weiteren Geſtellung vor den Erſatzbehörden befreit. Das Geſetz vom 4. September 1915 hat darin inſofern eine Aenderung geſchaffen, als dieſe völlige Befreiung auf das Friedensverhältnis beſchränkt wurde. Dadurch kann jetzt ein Mann, wenn er früher als dauernd untauglich befunden wurde, jederzeit zu einer beſtimmten Beſchäftigung im Bereich des Heeres eingezogen werden, ſobald er bei einer dazu anberaumten Nachunterſuchung als hierzu tauglich befunden wurde. Nur von der Einziehung ſolcher Leute ſoll Abſtand genommen werden, die zu mehr als 50 Prozent arbeitsunfähig erklärt worden ſind.

Die Sergeantenlöhnung.

Der Wortlaut des Dispoſitivs über die Gewährung der Sergeantenlöhnung hat zu Mißdeutungen Anlaß gegeben. In den Gebührnisnachweiſungen heißt es: „In planmäßigen Stellen befindliche Unteroffiziere empfangen nach 5½jähriger Dienſtzeit die Sergeantengebührniſſe, nach neunjähriger Dienſtzeit die Vizefeldwebelgebührniſſe."

In der Anlage 6 zur Kriegsbeſoldungsordnung dagegen heißt es:

„Nach 5½jähriger Dienſtzeit dürfen in planmäßigen Stellen befindliche Unteroffiziere zu Sergeanten befördert werden. Denjenigen Sergeanten, die mangels freier Stellen von der Beförderung zum Vizefeldwebel ausgeſchloſſen ſind, dürfen die Vizefeldwebelgebührniſſe gewährt werden."

An maßgebender Stelle im Kriegsminiſterium iſt dieſe Beſtimmung dahin ausgelegt worden, daß eine 5½jährige Dienſtzeit als Unteroffizier erfüllt ſein müſſe, um in den Genuß der Sergeantenlöhnung kommen zu können. Die meiſten Truppenteile haben dieſe Beſtimmung jedoch nach ihrem Wortlaut ausgelegt und ſind demgemäß verfahren. Auf eine Anfrage an die Kaſſenabteilung im Kriegsminiſterium iſt nunmehr der Beſcheid erfolgt:

„Die Sergeantenlöhnung iſt zu gewähren den in planmäßigen Stellen befindlichen Unteroffizieren, die eine Geſamtdienſtzeit von 5½ Jahren hinter ſich haben."

Dieſe Auslegung deckt ſich mit dem Wortlaut des Dispoſitivs. Demnach ſteht alſo feſt: **Jeder in planmäßiger Stellung befindliche — alſo nicht überzählige — Unteroffizier hat nach einer militäriſchen Dienſtzeit von 5½ Jahren Anſpruch auf die Sergeantenlöhnung.** Unter militäriſcher Dienſtzeit iſt zu verſtehen die aktive Dienſtzeit, die während der Friedensübungen abgeleiſtete Dienſtzeit und die geleiſtete Kriegsdienſtzeit. Die Kriegsjahre zählen aber nicht doppelt. Wer alſo im Frieden zwei Jahre als Soldat gedient hat, mit der Qualifikation zum Unteroffizier entlaſſen und bei Ausbruch des Krieges als Unteroffizier eingezogen wurde, hätte im Februar 1918 die 5½jährige Dienſtzeit erfüllt, die ihn zum Bezug der Sergeantenlöhnung berechtigt. Vorausſetzung iſt aber ſtets, daß der Betreffende etatsmäßiger, alſo nicht überzähliger Unteroffizier iſt; Gefreite und Gemeine können die Sergeantenlöhnung unter keinen Umſtänden bekommen.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 4. Januar. (Amtlich.)

Weſtlicher Kriegsſchauplatz.

Feſt auf der ganzen Front kam es zu lebhaften Kämpfen der beiderſeitigen Artillerien. Klares Froſtwetter begünſtigte ihre Tätigkeit.

Bei engliſchen Vorſtößen, die öſtlich von Ypern und nördlich vom La-Baſſee-Kanal ſcheiterten, ſowie bei eigenen erfolgreichen Unternehmungen ſüdöſtlich von Moeuvres und in der Champagne wurden Gefangene und einige Maſchinengewehre eingebracht.

•

Seit dem 1. Januar verloren die Gegner im Luftkampf und durch Abſchuß von der Erde 23 Flugzeuge und 2 Feſſelballons.

Oberleutnant Loerzer errang ſeinen 20. Luft[illegible]

Oeſtlicher Kriegsſchauplatz.

Nichts Neues.

An der mazedoniſchen Front und italieniſchen Front keine beſonderen Ereigniſſe.

Der Erſte Generalquartiermeiſter.
Ludendorff.

Schwierigkeiten bei den deutſch-ruſſiſchen Friedensverhandlungen.

WTB. Berlin, 4. Januar. (Nichtamtlich.) Wie der Reichskanzler in der heutigen Sitzung des Hauptausſchuſſes mitteilte, hat die ruſſiſche Regierung eine Verlegung der Verhandlungen von Breſt-Litowſk nach Stockholm vorgeſchlagen. Staatsſekretär von Kühlmann iſt beauftragt worden, dieſen Vorſchlag abzulehnen.

Weiter iſt aus Petersburg erklärt worden, daß Punkt 1 und 2 unſerer Vorſchläge, die ſich auf die Modalitäten der Regelung der Gebiete und die Vornahme der Volksabſtimmungen beziehen, nicht angenommen werden können.

Dazu bemerkte der Reichskanzler: Wir können getroſt abwarten, wie dieſer Zwiſchenfall weiter verlaufen wird. Wir ſtützen uns auf unſere Machtſtellung, auf unſere loyale Geſinnung und auf unſer gutes Recht.

Außerdem erklärte der Reichskanzler, daß wir mit den in Breſt-Litowſk eingetroffenen Bevollmächtigten der Ukraine weiterverhandeln werden.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 4. Januar.

Kriegsprofit-Dämmerung.

Kein Menſch hat mehr Angſt vor dem Frieden, als ein richtiger Kriegsprofitler. Solange der Krieg dauert, ſitzt er wie der Vogel im Hanfſamen, nimmt ſeine 300 Prozent Nutzen und fühlt ſich froh und unbeſchwert, denn die Nöte der Zeit beſtehen für ihn ja nicht.

Das Gewiſſen iſt auch gut und dauerhaft. Er hat ſich längſt Schwielen ans Gewiſſen gewuchert und ſpürt daum auch nichts mehr vom ſchwachen oder ſtarken moraliſchen Druck der Allgemeinheit.

Da wollen ſie jetzt Frieden machen. . . . Ohne Rückſicht auf den ſchönen Kriegsprofit ſitzen ſie in Breſt-Litowſk beiſammen, einigen ſich über das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker und denken gar nicht daran, daß ſie damit ehrlichen Steuerzahlern und Kriegsanleihezeichnern das tägliche Brot erſchweren.

In den Grenzländern iſt es ſchon zu ſcharfen Preisſtürzen gekommen. Manche Waren ſind um einige 100 Prozent im Preis gewichen. Die Schatten drohender Verluſte wachſen um die tüchtigſten Lebensmittelſchieber und Schleichhändler.

Nun bringt Reuter auch noch die Meldung, daß England die deutſchen Erklärungen in Breſt-Litowſk ernſt nehmen und beantworten will.

Das iſt der Anfang vom Ende. Der gefürchtete Friede iſt nicht mehr aufzuhalten. Die Götzendämmerung des Kriegsprofits bricht an.

„Verkauf" iſt die geheime Loſung aller Kriegsſpekulanten in dieſen ſchwarzen Tagen. Eine Friedenspanik iſt in ihren Kreiſen ausgebrochen. Hals über Kopf werfen ſie ihre erſchlichenen und erwucherten Waren auf den Markt, um möglichſt noch mit einem blauen Auge davon zu kommen.

Und dabei hatten ſie es ſo ſchön berechnet! Der Krieg mußte wenigſtens noch ein halbes Jahr dauern. Dann hatte man richtig kalkuliert und war Herr eines ſchönen Vermögens.

An Silveſter hatten ſie noch gläubig und ſinnig den ſchönen Vers in der Kirche geſungen: Das alte Jahr iſt nun dahin; erhöhe, Jeſus, den Gewinn!

Heute bricht der erſte volle Sonnenſtrahl durch dickes Kriegsgewölk und kündet Kriegsprofit-Dämmerung.

Zahlen erröten nich..

Man iſt bei allen Waren, die nicht unter Höchſtpreis ſtehen, jetzt förmlich ſchon geſpannt, wie weit die Schamloſigkeit in den Forderungen noch gehen wird. Man glaubt immer wieder, nun endlich an der äußerſten Grenze zu ſtehen, weil weitere Steigerungen doch Wahnwitz wäre. Aber der Zeiger der Geſchäftsuhr ſteht auf Unendlich, und ob es Wahnwitz iſt, daß ein Anzug bald ein kleines Jahresgehalt verſchlingt, das kümmert die Geſchäftswelt nicht. Seltſam iſt es aber, höchſt ſeltſam, daß die Regierung immer noch mit verſchränkten Armen ſteht. Es ſcheint niemanden anzugehen, daß zwar nicht im Kriege, aber doch mit Anbruch des Friedens eine völlige Kataſtrophe im Wirtſchaftsleben hereinbrechen muß, wenn keinerlei Vorkehrungen dagegen getroffen werden.

Gewiß, bis in jede Kleinigkeit läßt ſich nicht eingreifen; aber große Gebiete, zumal ſolche, die zum allgemeinen Bedarf gehören, dürfen nicht ungefaßt bleiben. Das einträglichſte Geſchäft für die Kriegsgewinnler iſt augenblicklich der Tuch- und Stoffhandel. Es klingt fabelhaft, wenn man hört, daß augenblicklich für einen Anzug 700 bis 800 Mark verlangt werden dürfen, daß Kleiderſtoffe um 1000 Prozent gegen Friedenspreis geſtiegen ſind; daß für Hüte das Fünffache, für Schirme das Vierfache verlangt wird; daß Kinderſchürzen von 1 bis 2 Mark Friedenswert 10 bis 12 Mark koſten; daß Papierſtoffe trotz der geringen Herſtellungskoſten auf 10 Mark für das Meter ſtehen; kurz, ein völliger Wahnwitz beherrſcht den Tuch- und Stoffmarkt. Auf anderen Gebieten iſt es ebenſo. Kochtöpfe koſten gleichfalls das Acht- bis Zehnfache des Friedenspreiſes, jedes kleine Küchengerät muß mit Markſtücken aufgewogen werden, und wenn es nur ein Stückchen Holz mit ein paar Bürſtenhaaren iſt. Glas hat den drei- bis vierfachen Preis erlangt, Siegellack koſtet gar das Fünfzehnfache. All die wüſte Spekulation, die die Regierung auf dem Lebensmittelmarkt mühſam zurückgedrängt hat, bricht an anderen Stellen wieder aus. Es iſt eine wahrhaft „blutige" Ironie: um unſres Handels, um unſrer Induſtrie willen ſind wir in den Krieg geraten; und Handel und Induſtrie — — — Es iſt noch keine Zahl errötet.

Von den Himmelserſcheinungen im Januar. Neujahr fällt auf den erſten Januar. Das iſt doch wohl ſelbſtverſtändlich? Nun bürgerlich geſprochen, wohl! Aber aſtronomiſch iſt das keineswegs der Fall. 1917 war z. B. am 2. Januar erſt das aſtronomiſche Neujahr und in anderen Jahren wars wieder anders. Es iſt manchmal am 1. Januar aſtronomiſches Neujahr, manchmal am 2. und manchmal auch am 3., wie es die Aſtronomen gerade richtig herausrechnen. Und ſie rechnen ſchon richtig! Nun haben wir aber immer gehört, daß in der Himmelskunde alles ſo exakt und genau zugeht, wie nirgends. Da erſcheint es doch einigermaßen merkwürdig, daß Neujahr nicht immer am ſelben Tage ſtattfindet. Wie kommt das?

Vergegenwärtigen wir uns, was denn Neujahr aſtronomiſch eigentlich bedeutet. Mit „Neujahr" beginnt ein neuer Umlauf der Erde um die Sonne. Und ein vollendeter Umlauf iſt ein Jahr. Würde nun neben der Sonne die Erde allein exiſtieren, ſo würde ein Umlauf der Erde um die Sonne immer eine gleich lange Spanne Zeit in Anſpruch nehmen. Jedes Jahr würde dem anderen an Länge genau gleichen. Neben der Erde gibts aber noch eine Menge Planeten, deren jeder ſeinen Einfluß geltend macht. Und da die Umlaufsbahnen der Planeten um die Sonne keine Kreiſe ſind, ſondern in roher Annäherung Elipſen, ſo ergibt das recht verwickelte Bewegungen, ſo daß ſich die ſogenannten Elipſen gar nicht einmal richtig ſchließen, gar keine Elipſen ſind, ſondern zu einem Knäuel durcheinander gewickelte Spirallinien, bei denen man den Anfang und das Ende nicht beſtimmen kann, weil ſie ſich eben nicht wie Kreiſe oder richtige Elipſen ſchließen. Die Beſtimmung des Jahresendes oder -anfangs geht daher nach der einfachen Beſtimmung vor ſich, daß die Erde in ihrer Bahn weitere 360 Grad zurückgelegt hat, oder danach, daß man die alljährliche größte Annäherung an die Sonne, die bekanntlich um die Jahreswende ſtattfindet, als den Jahresabſchluß betrachtet. Zwiſchen beiden Augenblicken braucht nicht notwendig ein Jahr verfloſſen zu ſein. Und ſo iſts auch tatſächlich. Daher iſt der Zeitpunkt der größten Sonnennähe heuer am 1. Januar, während er 1917 am 2. Januar ſtattfand. Dazwiſchen kommt dann eine größte Entfernung der Erde von der Sonne, die 1917 am 3., heuer am 4. Juli ſtattfindet. Dieſe Zeitpunkte, die alſo auf den erſten Anblick ſo feſt zu ſein ſcheinen, ſind alſo recht ſchwankend, und zwar gerade aus der aſtronomiſchen Exaktheit heraus. Würden die anderen Planeten Bewohner beherbergen, die denken und eine Zeiteinteilung hätten, dann würden ſie dort dieſelbe Wahrnehmung der Ungleichheit der Jahreslänge machen, natürlich mit dem Unterſchiede, daß dort die Jahreslänge eine andere wäre, eben die dem Umlauf des Planeten um die Sonne entſprechende. Das wäre natürlich da beſonders auffallend, wo die Bahn am meiſten von der Kreisform abweicht, alſo beim Merkur. Dieſer Himmelskörper trägt aber beiläufig bemerkt — keine lebenden Weſen.

Von den großen Planeten ſind die großen Jupiter und Saturn jetzt am günſtigſten ſichtbar. Jupiter iſt anfangs Januar 12, Ende des Monats noch 9½ Stunden ſichtbar, Saturn geht ziemlich früh am Abend auf und iſt von Mitte des Monats an die ganze Nacht hindurch zu beobachten. Jupiter findet man als hellſten Stern im Stier hoch oben am Himmel, faſt im Scheitel, Saturn ein großes Stück öſtlich davon im Krebſen. Noch ein Stück weiter öſtlich geht in den ſpäten Abendſtunden der rote Mars auf, das Symbol des Krieges. Auf der Erde ſcheint der Stern des Kriegsgottes endlich zu ſinken, am Himmel iſt er acht bis neun Stunden lang zu ſehen und wird noch immer beſſer ſichtbar.

Venus iſt anfangs drei, zuletzt nur noch ¾ Stunden lang als Abendſtern ſichtbar. Am 5. Januar erſtrahlt er in ſeinem größten Glanze. Dann iſt er uns ſo nahe und zugleich ſeine Sichel ſo groß, daß die Bedingungen für ſeine Lichtzuſtrahlung auf die Erde am günſtigſten ſind. Wie ein Stück zurückgebliebene Sonne hängt er dann am Himmel und funkelt in herrlichſtem Lichte. Merkur iſt in den letzten drei Wochen des Januar des Morgens im Südoſten bis nahezu ½ Stunde lang beobachtbar.

Die Ortskrankenkaſſe in Lübeck hatte am 1. Januar 1918: 31 563 Mitglieder, darunter 74 Mitglieder von Erſatzkaſſen, deren Rechte ruhen, gegen 30 752 im Jahre 1917. Auf Männer entfielen davon 16 478 (1917: 16 531), auf Frauen 15 085 (1917: 14 201). Erwerbsunfähigkrank waren am letzten Dezember: Männer 490 (1916: 474) und Frauen 495 (1916: 511). Ausweisſcheine für Familienangehörige zur Inanſpruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Dezember 1456 (1916: 2126) erteilt. Sterbegeld wurde im Dezember für Mitglieder in 32 Fällen, für Angehörige in 27 Fällen gezahlt. Uebertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die ſatzungsmäßigen Verhaltungsvorſchriften waren in 33 Fällen mit Strafe zu belegen. Die freiwilligen Kaſſenbeiträge müſſen Mittwochs und Donnerstags tunlichſt in den Vormittagsſtunden entrichtet werden.

Schneefall iſt heute morgen eingetreten, nachdem einige Tage lang ziemlich ſcharfes Froſtwetter, das für Fußgänger recht unangenehmes Glatteis als üble Begleiterſcheinung hatte, vorherrſchte. Die Wakenitz iſt mit einer kräftigen Eisdecke überzogen, die den Tummelplatz für zahlreiche Schlittſchuhläufer, meiſt jugendlichen Alters, bildet. Selten hat es eine ſo ſpiegelblanke Eisbahn wie die jetzige dort gegeben.

Bürgerliche Gefangenſchaft kein Militärdienſt. Zeiten der bürgerlichen Gefangenſchaft in Feindesland können nicht als Militärdienſtzeiten im Sinne der Reichsverſicherungsordnung angerechnet werden. Dieſe bemerkenswerte Entſcheidung hat das Reichsverſicherungsamt getroffen. Ein Seemann geriet bei Kriegsausbruch in der Nordſee als Heringsfänger in engliſche Gefangenſchaft, in der er ſich noch befindet. Seine Ehefrau beanſprucht die Anrechnung der Dauer der Zivilgefangenſchaft als Militärdienſtzeit. Als ſolche gelten nur die Wochen, in denen der Verſicherte zur Erfüllung der Wehrpflicht in Friedens-, Mobilmachungs- oder Kriegszeiten eingezogen geweſen iſt oder in Mobilmachungs- oder Kriegszeiten freiwillig militäriſche Dienſtleiſtungen verrichtet hat. Der Seemann war bei der Gefangennahme noch nicht eingezogen. Daran ändert auch nichts, daß er als Landſturmmann eingezogen worden wäre. Es kommt lediglich auf die tatſächlichen Verhältniſſe an. Die Anwartſchaft kann aber durch freiwillige Beiträge aufrechterhalten werden.

Was gefunden wurde. Im Monat Dezember v. J. ſind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert, bezw. angezeigt und bisher nicht wieder abgefordert worden: Mehrere Portemonnaies mit und ohne Inhalt, ſowie einige loſe Geldbeträge; verſchiedene Damen-Handtaſchen, Viſitentaſchen, 1 Trauring, 1 goldener Damenring, 2 Pelzkragen, 1 Muff, 1 Medaillon, 1 Korb mit Gemüſe, 1 Frachtgutkiſte mit Inhalt gez. Nürnberg, 1 Dolch, 5 Sack mit Kartoffeln, 1 Herren-Paletot, 1 Joppe, Schirme, 2 Hemden, Gardinen, 1 Kinderhut und einige Handſchuhe.

Kriegsküchen. Im Dezember wurden an 30 Tagen 88 886 Liter Eſſen ausgegeben. Der tägliche Durchſchnitt betrug mittags 1618 Liter, abends 1582 Liter, zuſammen 3200 Liter.

Hamburg. Auf tragiſche Weiſe ums Leben gekommen iſt die auf dem Anſcharplatz 4 wohnende neunzigjährige Frau Schaper. Donnerstag morgen gegen 5 Uhr ſah man aus ihrer Wohnung ſtarken Rauch herausdringen, worauf der nächſte Feuermelder gezogen wurde. Die Mannſchaft der Feuerwehr fand die Wohnräume voller Qualm und den Fußboden brennend vor. Das Feuer hatte die ganze Balkenlage ergriffen und ſolchen Umfang angenommen, daß die Löſchmannſchaft ein Rohr vorlegen mußte, um das Feuer zu bezwingen. Die Greiſin fand man dann tot in ihrem Bette liegend; ſie war erſtickt.

Altona. Für 100000 Mark Pelzwaren wurden in der Nacht zum Donnerstag der Firma Carl Steinicke, Königſtraße 79/81, bei der vor einiger Zeit ſchon einmal ein Einbruch größeren Umfangs ausgeführt worden iſt, geſtohlen.

Schwerin. Schlagfertige Erwiderung. Ein mecklenburgiſcher Senator, dem der Krieg noch nichts von ſeiner Körperfülle genommen, mußte eine Dienſtreiſe in ein nahes Bauerndorf machen. Der Bauernhofbeſitzer hatte ſich, ſo ſchreibt die „Freiſ. Ztg.", die Ehre nicht nehmen laſſen, den Herrn Senator höchſt perſönlich mit ſeinem Wagen aus der Stadt abzuholen. Flott ließ er ſeine Pferde laufen, damit der Stadtherr ſich über die Wagenfahrt freuen ſollte. Selbſtverſtändlich fiel dieſem das auch auf, aber in ſeiner Beamtenſeele wurde gleichzeitig eine andere Frage laut, ein ſchwarzer Verdacht, der ausgeſprochen werden mußte. „Sagen Sie mal, mein Lieber," begann er gönnerhaft, „wie kommt es, daß bei drei Pfund Hafer wöchentlich Ihre Pferde noch ſo wohlgenährt ſind?" Doch der Bauer war ihm gewachſen: „Je, Herr Senator," antwortete er im gemütlichen Platt, „wo kümmt dat, dat ſi 90 Gramm Botter de Woch Sei noch ſon'n breiden Puckel hewwen?"

Winſen (Luhe). Ein Kleinbahnidyll trug ſich Neujahr zu. Als der von Hindermarſchacht nach Winſen fahrende Zug nach der Halteſtelle Tönnhauſen einlief, bemerkte man, daß vergeſſen worden war, Zugführer, Fahrgäſte und Gepäck von der Halteſtelle Mover mitzunehmen. So mußte das Zügle nach Mover zurückdampfen, das Vergeſſene holen und wieder nach Tönnhauſen fahren. Die dadurch entſtandene Verſpätung konnte aber faſt ganz wieder eingeholt werden.

Aus der Partei.

Aus der ſozialdemokratiſchen Reichstagsfraktion. Die Fraktion trat am Donnerstag vormittag zu einer Sitzung zuſammen. Die Genoſſen Scheidemann und Ebert erſtatteten Bericht über die Verhandlungen, die in den letzten Wochen ſtattgefunden haben. An dieſe Berichte knüpfte ſich eine Debatte über die Oſtfragen.

Nie erlahmen
darf die Arbeiterſchaft
in dem Beſtreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beſte Hilfsmittel dabei iſt die Arbeiterpreſſe. Jeder muß eingedenk ſein, daß es Pflicht iſt, bei jedem Anlaß
für den Lübecker Volksboten zu agitieren!

Neueſte Nachrichten.

Berlin, 3. Januar. (Amtlich.) Im St. Georges- und Briſtol-Kanal wurden durch unſere U-Boote 7 Dampfer und 1 Segler mit rund 24 000 Brutto-Regiſter-Tonnen vernichtet. Unter den Schiffen befand ſich der engliſche Dampfer „Charleston" mit Kohlenladung und vier ſchwer beladene bewaffnete Dampfer, von denen zwei offenbar Munition als Ladung hatten, da ſie nach auffallend ſchwerer Detonation ſofort ſanken. Von dem engliſchen Dampfer „Charleston", der durch die Artillerie eines U-Bootes niedergekämpft wurde, iſt ein Geſchütz erbeutet worden. Zwei Leute der Geſchützbedienung wurden gefangen genommen.

Der Chef des Admiralſtabes der Marine.

Baſel, 3. Januar. Nach einer Havas-Meldung aus Sa. Salvador berichten die Zeitungen, daß bei dem erſten Erdbeben in Guatemala 2500 Perſonen ums Leben gekommen ſind.

Genf, 3. Januar. Die „Humanite" meldet: Das Kriegsgericht hat den vom Militärgouverneur beantragten Haftbefehl gegen Caillaux bis zum Abſchluß des Verfahrens ausgeſetzt.

Haag, 3. Januar. Die britiſche Admiralität teilt mit, daß bei der Vernichtung des Geleitzuges am 12. Dezember und bei der Verſenkung des Kreuzers „Stephan Furnes" 255 Seeleute ums Leben gekommen ſind.

Lugano, 3. Januar. Wie der „Corriere della Sera" berichtet, wurde in Syrakus der Prieſter Gaetano Brancato von der Kanzel weg verhaftet, weil er eine Predigt im kriegsfeindlichen Sinne hielt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den geſamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inſerate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreiſen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inſeriere im
Lübecker Volksboten

Nacheichung der Meßgeräte.

(§. §§ 6, 9, 11 der Maß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908; Reichsgeſetzblatt S. 349).

1. Der zweijährigen Nacheichung unterliegen, ſoweit ſie dem eichpflichtigen Verkehr dienen, folgende Meßgeräte:
   - a) Längenmaße,
   - b) Flüſſigkeitsmaße,
   - c) Meßwerkzeuge für Flüſſigkeiten,
   - d) Hohlmaße und Meßwerkzeuge für trockene Gegenſtände,
   - e) Gewichte,
   - f) Wagen für eine größte zuläſſige Laſt von weniger als 3000 Kilogramm,
   - g) Fäſſer für Bier.
2. Bis zum Jahresſchluß ſind alle der zweijährigen Nacheichung unterliegenden Meßgeräte zur Nacheichung zu bringen, ſoweit ſie nicht den Nacheichſtempel 17 oder 18 tragen.
3. Unter den entſprechenden Vorausſetzungen ſind alle der dreijährigen Nacheichung unterliegenden Meßgeräte zur Nacheichung zu bringen. Der dreijährigen Nacheichung unterliegen:
   - a) Wagen für eine größte zuläſſige Laſt von 3000 Kilogramm und darüber,
   - b) feſteingemauerte Wagen,
   - c) Fäſſer für Wein und Obſtwein.
4. Das Eichamt (Schildſtraße 10) iſt vormittags von 9 bis 1 Uhr geöffnet.
5. Vom 1. Januar dieſes Jahres an wird eine Nachſchau bei dem eichpflichtigen Verkehr dienenden Meßgeräte ſtattfinden. Vorgefundene Verſtöße gegen die [illegible] werden zur Beſtrafung gebracht werden.

Lübeck, den 3. Januar [illegible] (42

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung
betreffend Fleiſchverkauf.

In der Woche vom 7. bis 13. Januar 1918 werden 250 gr Rindfleiſch oder 500 gr Friſchwurſt oder 250 gr angeräucherte oder 200 gr Dauerwurſt, auf die Kinderkarte die Hälfte, ausgegeben.

Lübeck, den 3. Januar 1918 (41

Das Polizeiamt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Ortsverwaltung Lübeck

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß der Kollege

H. Katelhuhn

verſtorben iſt.

Ehre ſeinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend dem 5. Januar, nachmittags 1¾ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof ſtatt.

Um rege Beteiligung erſucht

43) **Der Vorſtand.**

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.
Beste Bezugsquelle für erstklassige
:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Geſucht ſofort od. 1. April 3-Zimmer-Wohnung [illegible] Angeb. unt. A B 30 an die Exp. (44

Taschenuhren
Schmucksachen
Verlobungsringe
Willi [illegible]
32 Holstenstrasse 32

Nr. 13.
Phot. Atelier
Lubeca
Breite Straße 13

Deutsch-russischer
Soldatensprachführer.
— Preis 20 Pfg. —
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisſtraße 46.

Heringssalat
friſch vorrätig
Bost. Butterhandlung
[illegible] 2.

Bilder aus Lübecks Vergangenheit
Hinrich Paternoſtermaker
Verfaſſer: Theodor Schwartz, Lübeck.
Die beiden obengenannten Werke können wir allen, die ſich für die ältere Geſchichte Lübecks intereſſieren, ſehr empfehlen, da der Anſchaffungspreis ein ſehr niedriger genannt werden kann in Rückſicht auf die hohen Herſtellungs-koſten.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisſtraße 46. Lübeck. Johannisſtraße 46.

Feldpoſtkartenbriefe
ſind wieder vorrätig.
Buchhandlg. Fr. Meyer & Co.
Johannisſtraße 46.

Drucksachen aller Art
fertigt an
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Luſtige Blätter
Durch wundervolle Bilder und packenden Text
das humoriſtiſche Leibblatt
aller Feldgrauen und Daheimgebliebenen!
Feldpoſt- und Probe-Abonnements
monatlich nur Mark 1,40
bei allen Buchhandlungen und Poſtanſtalten.
Verlag der Luſtigen Blätter in Berlin SW. 68.

Sozialistische Dokumente des Weltkrieges.
Eine Darstellung der Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder zum Weltkrieg, mit kurzen geschichtlichen und weltpolitischen Einleitungen.
1. Heft: Politik und Krieg — Grundzüge der englischen Politik.
Von M. Beer.
Preis 10 Pfg.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Theater für die Jugend
im Marmorsaal des Stadttheaters.
Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Hänsel und Gretel.
Vorverkauf von 9–1 Uhr vormittags in der Musikalienhandlung von Ernst Robert, Breite Straße. (37
Kassenöffnung 3½ Uhr.

Zeitschriften aller Art.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Travemünde.
Oeffentliche
Versammlung
am Sonntag, d. 6. Januar 1918
nachmittags 4 Uhr (pünktlich)
im Saale des Colosseum
Torſtraße 1.
Tagesordnung:
Für Frieden u. Freiheit!
Referent: **W. Bromme**, Lübeck.

Alle über 18 Jahre alten Perſonen beiderlei Geſchlechts haben Zutritt. 39

Maſſenbeſuch erwartet!

Der Einberufer.

Hansa-Theater.
Freitag, den 4. Januar
abends 7 Uhr: (38
Verheiratete Junggesellen
Sonnabend, 5. Jan., ab. 7¼ Uhr
Kinder, amüsiert Euch!
Sonntag, 6. Jan., abds. 7 Uhr
Neu einstudiert:
Der Juxbaron
Operette in 3 Akt. v. Walter Kollo
Nach. 3 Uhr: Kinder-Vorstell.
Kleine Preise.
Tischlein deck' dich!
Märchen in 6 Bildern v. Görner.

Stadttheater. 40
Freitag, den 4. Januar 1918:
Anfang 7 Uhr:
Der Troubadour.
Sonnabend, den 5. Jan. 1918:
Nachmittags 3 Uhr:
Märchen.
Abends 7 Uhr:
Schauspielgemeinde:
Dyckerpotts Erben.
(Rote Karten.)
Sonntag, den 6. Januar 1918:
Nachmittags 3 Uhr:
Märchen.
Abends 7 Uhr:
Die Fledermaus.

Nr. 3
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Freitag,
den 4. Januar 1918

Aus dem Kampfe um das gleiche Wahlrecht im preußiſchen Landtage.

Das umfangreiche Stenogramm der Reden, die bei der erſten Leſung der Wahlrechtsvorlage im preußiſchen Abgeordnetenhauſe gehalten worden ſind, bietet für den Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen viel und wertvolles Material. Aus den Reden der Regierungsvertreter **und der Wortführer der bürgerlichen Parteien** geben wir nach dem amtlichen Stenogramm eine Anzahl beachtenswerter Aeußerungen wieder, die nicht nur für Preußen, ſondern auch für Lübeck angeſichts der bevorſtehenden Wahlrechtskämpfe von großer Bedeutung ſind:

Miniſter des Innern, Dr. Drews, über die Wahlreform: Gleiches Wahlrecht — neue Aufgaben in neuer Zeit.

Unſere große Aufgabe an der Schwelle der neuen Zeit, die anders und beſſer werden muß als die alte Zeit, muß es ſein, alle Volksteile und alle Parteien zur poſitiven Mitarbeit und zur Freude am Staate heranzuziehen. Das iſt aber nur möglich, wenn **wir ein Wahlrecht ſchaffen, das allen grundſätzlich das gleiche Recht gewährt.**

Keiner Partei darf verwehrt werden, am Vaterland mitzuarbeiten.

Alle Volksteile, alle Parteien ſind dazu berufen, mitzuarbeiten an dem Bau des einen gemeinſamen Vaterlandes. Keinem Volksteil und keiner Partei, die in Kampf und Not für das Vaterland eingetreten, darf die Möglichkeit verwehrt werden, an dieſer Arbeit gleichmäßig teilzunehmen.

Gleiche Pflichten gleiche Rechte — die große ethiſche Forderung.

Der rieſigen, ungeheuren Pflichterfüllung jedes einzelnen Preußen für den Staat ſoll das gleiche Recht jedes Preußen am Staat entſprechen. Das iſt die große ethiſche Forderung, die herausgeboren iſt aus unſeres Vaterlandes gewaltigem Schickſal.

Gleiche Pflichten vor dem Feind, gleiche Rechte im Staat.

Die gleiche Pflichterfüllung aller preußiſchen Männer ihrem Vaterlande gegenüber, die Mühen und Entbehrungen im Kampf und in Arbeit, in Not und im Tod, die ſich ſo herrlich in dieſen Tagen bewährt haben, führen dazu, daß die Löſung der Wahlrechtsfrage nur darin gefunden werden kann, daß jedem Preußen bei der ihm eingeräumten Mitwirkung der Geſtaltung der Geſchicke unſeres Staates, bei der Wahl zum Abgeordnetenhauſe, grundſätzlich auch das gleiche Recht einzuräumen iſt.

Reichstagswahlrecht — gleiche Pflichten, gleiche Rechte.

Dieſe **Forderung gleicher Pflichten und gleichen Rechts** kann **nur befriedigt werden durch die Einführung des gleichen Wahlrechts.** Dieſes gleiche Wahlrecht kann nach Auffaſſung der Staatsregierung nur ein gleiches Wahlrecht im Sinne unſeres Reichstagswahlrechts ſein. Ein Verſuch, das gleiche Wahlrecht auf anderer Baſis zu konſtruieren als der des Reichstagswahlrechts, erſcheint für die Staatsregierung gleichfalls nicht annehmbar.

Ein Pluralwahlrecht für die Regierung unannehmbar.

Ein nach pekuniären Geſichtspunkten abgeſtimmtes Recht würde aber ſeinem Weſen nach wiederum ein nach Steuerklaſſen abgeſtuftes Wahlrecht darſtellen. Ein Pluralwahlrecht iſt darum für die Staatsregierung nicht annehmbar.

Die Regierung hat keine Angſt vor der Radikaliſierung Preußens.

Die Bedenken, die gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts . . . gehegt werden, gehen vor allem dahin, daß das gleiche Wahlrecht eine Radikaliſierung unſeres Abgeordnetenhauſes herbeiführen wird, die für die ruhige Weiterentwicklung unſeres Staatslebens ſchwere Gefahren in ſich birgt. Richtig iſt allerdings, daß gegenüber dem bisherigen Zuſtande eine ſtarke Radikaliſierung des Abgeordnetenhauſes erfolgen wird. Aber . . . . . ich habe davor keine Furcht.

Volksvertreter, nicht Berufsvertreter.

Die Abgeordneten müſſen Vertreter des ganzen Volkes, nicht einzelner Berufe ſein.

Der Vizepräſident des Staatsminiſteriums, Dr. Friedberg, über die Wahlreform in Preußen:

Die Wahlreform aus Rückſicht auf die geſamte politiſche Situation.

Wenn ich für die Vorlage eintrete und mich bemühe, ſie mit allen Kräften, die mir zur Verfügung ſtehen, zur Durchführung zu bringen, ſo geſchieht das aus der Rückſicht auf die geſamte politiſche Lage, in der wir uns befinden, und der ſich niemand von uns entziehen kann. Es iſt erſtens einmal die Tatſache, daß die Königliche Botſchaft vom 11. Juli dieſes Jahres vorliegt, und es iſt zweitens die Einſicht, die tiefere Einſicht in die Beweggründe, die zu dieſer Botſchaft geführt haben, die mir erſt jetzt zuteil geworden iſt durch den gründlichen Einblick, den ich in die ganzen Verhältniſſe erlangt habe.

Für die Regierung gibt es nur das gleiche Wahlrecht.

Hier handelt es ſich um die Ausführung einer Königlichen Botſchaft, alſo einer ganz beſtimmten Direktive. . . . In dieſer Beziehung gibt es für uns kein Schwanken. Für uns gibt es nur das gleiche Wahlrecht.

Miniſter Friedberg fürchtet für die bürgerlichen Parteien.

Mit der einfachen Ablehnung iſt es nicht getan. . . . Die Parteien draußen im Lande haben ein ſehr feines Gefühl für das, was dem Lande und was der Partei förderlich iſt, und Parteien, von denen ſie ſich überzeugen, daß ſie den Zeitbedürfniſſen nicht zu folgen und nicht zu entſprechen wiſſen, werfen ſie ſehr ſchnell zu den Toten. — Deshalb meine Herren, bin ich auch nicht ohne ſchwere Befürchtungen für den Fall, daß die Vorlage zur Ablehnung kommt . . . . ich fürchte für die bürgerlichen Parteien. . . . Aber, meine Herren, für die bürgerlichen Parteien iſt, wenn ſie ſich behaupten wollen, nicht allein ihre Stärke hier in dieſem Hohen Hauſe maßgebend. Sie werden mir zugeben müſſen, daß die große Politik, die Politik der nationalen Fragen, heute in einer anderen Körperſchaft, im Reichstage, gemacht wird, der auf einem ganz anderen Stimmrecht baſiert. Wenn die bürgerlichen Parteien durch Ablehnung der Vorlagen in der breiten Maſſe der Bevölkerung ihren Halt verlieren, dann werden ſie ſozuſagen mit gebrochenem Rückgrat in den Reichstag einziehen.

◆

Wir möchten dieſe Worte den Herren, die gegenwärtig in der gemeinſamen Kommiſſion des Senats und der Bürgerſchaft an einem neuen Wahlrecht für die Lübecker Bürgerſchaft herumdoktern, zur dringenden Beachtung empfehlen! Vielleicht können ſie — wenn ſie wollen — daraus auch noch etwas lernen.

Durften die Bolſchewiki den Vertrag mit der Entente aufheben?

Außerordentlicher Parteitag der holländiſchen Sozialdemokratie.

(Von unſerem Korreſpondenten im Haag.)

Auf dem am 23., 24. und 25. Dezember in Utrecht ſtattgefundenen außerordentlichen Kongreß der ſozialdemokratiſchen Arbeiterpartei Hollands (S. D. A. P.) waren 238 Mitgliedſchaften durch 318 Delegierte vertreten. Der Vorſitzende Vliegen beeilte ſich in ſeiner Eröffnungsrede, ſeiner Abneigung gegen die Verhandlungen in Breſt-Litowsk deutlichſt Ausdruck zu geben. Der Friede im Oſten, ſo ſagte er, ſchließe einen um ſo längeren und heftigeren Kampf im Weſten ein. Die ruſſiſche Revolution habe zwar die erſten Friedensverhandlungen zuwege gebracht, aber es werde ſich jetzt darum handeln, ob die Revolution den Krieg oder der Krieg die Revolution erſchlagen werde. Aufgabe der holländiſchen Partei ſei dabei die Rolle des Turmwächters zu ſpielen. . . .

Zum Stande der eigenen Partei übergehend, berichtete Vliegen, daß die Mitgliederzahl Ende September 1917 26 223 betrug und daß ſeitdem noch etwa 2000 Mitglieder hinzugekommen ſeien. Leider wären die Großſtädte auch im letztverfloſſenen Jahr an der Mitgliederzunahme nicht beteiligt. Amſterdam ſei ſogar wiederum um mehrere Dutzend Mitglieder zurückgegangen. Die Abonnentenzahl von „Het Volk", dem einzigen Tageblatt der Partei, habe die 30 000 überſchritten. Die auf dem letzten Kongreß für Herausgabe eines Morgenblattes von „Het Volk" als nötig erklärten 100 000 Gulden, wovon die Hälfte ſofort in baar vorhanden ſein müßte, ſeien jedoch noch lange nicht erreicht. Es wären erſt reichlich 15 000 Gulden eingegangen. Außerdem ſeien 22 000 Gulden in Anteilſcheinen und Darlehnen gezeichnet. — Ueber den Stand der wöchentlich erſcheinenden Provinzblätter werden keine näheren Angaben gemacht. Der vor etwa Jahresfriſt gegründete „Socialiſtiſche Gids", das wiſſenſchaftliche Organ der Partei, habe erfreulicherweiſe bereits 1400 Abonnenten, alſo mehr als irgend eine andere holländiſche Zeitſchrift, aber infolge der gegenwärtigen Zeitverhältniſſe ſei der finanzielle Stand des Organs dennoch kein günſtiger. Die übrigen Betrachtungen des Redners waren vornehmlich dem neuen Wahlrecht und den ſonſtigen Aenderungen der Verfaſſung gewidmet, die die Partei vor neue große, aber auch dankbare Aufgaben ſtellten.

Der erſte Verhandlungstag wurde gänzlich von den Beratungen über den Entwurf für ein neues Organiſationsſtatut in Anſpruch genommen. Dieſe Reorganiſation war in erſter Linie nötig geworden durch das Inkrafttreten des neuen Wahlrechts. Dieſes ſieht bekanntlich das Verhältniswahlſyſtem vor, womit die alte Wahlkreisorganiſation verfällt, auf der auch die Parteiorganiſation beruhte. Man ging bei dieſer Gelegenheit zur Bildung kleinerer Bezirksorganiſationen über. Dadurch hofft man zugleich in den Großſtädten das Intereſſe der Genoſſen am inneren Parteileben wieder wachzurufen.

Von beſonderem Intereſſe für uns iſt die Stellungnahme des Kongreſſes zu den Friedensverhandlungen, über die am zweiten Tage gelegentlich der Debatten über die Tätigkeit des Vorſtandes, der Fraktion und der „Volk"-Redaktion geſprochen wurde. Als charakteriſtiſch mag hervorgehoben werden, daß einem Delegierten, der die parteiiſche Haltung des „Volk" bei Informationen ſeiner Leſer als unzuläſſig und ſeine Stellungnahme zur Friedensfrage als direkt widerſpruchsvoll kritiſierte, verwehrt wurde, zu kritiſieren, daß der Parteivorſitzende Vliegen in einem Artikel des bürgerlich-ententefreundlichen „Amſterdamer" ſich noch viel ſchärfer gegen die Friedenspolitik der Bolſchewiki gewendet hat als im „Volk" ſelbſt. Was Vliegen aber ſelber nicht hinderte, als Vorſitzender des Kongreſſes die in jenem Organ vertretene Anſicht zu verteidigen und zu betonen, daß er nach wie vor auf dem Standpunkt ſtehe, daß die Aufhebung der mit der Entente geſchloſſenen Verträge ſeitens der Lenin-Regierung einem Verrat gleichkomme. (!) Wenn es in der internationalen Politik Mode werden ſolle, ſo jammerte Vliegen, daß eine Regierung ſich nicht an die Verträge ihrer Vorgängerin halte, nur weil ſie anderer Meinung ſei, dann ſtehe man beim Auftreten einer neuen Regierung jedesmal vor einer Gefahr. Er warne den Kongreß dringlichſt, einer Theorie zu huldigen, wonach man Verträge anders als auf normale Weiſe löſen darf.

Genoſſe Troelſtra entwickelte die in der ſchriftlichen Begründung zu ſeiner Reſolution niedergelegten Gedanken ausführlicher. Wir beſchränken uns für heute auf die Wiedergabe des folgenden Abſatzes ſeiner Rede:

„Wenn man ſagt, daß die Friedenspolitik der Bolſchewikis die Gefahr birgt, daß Rußland der annexioniſtiſchen deutſchen Regierung ausgeliefert werde, ſo iſt das nicht richtig. Die Gefahr liegt beim ruſſiſchen Reich, das Gefahr läuft, auseinanderzufallen. . . . Vliegen hat verſucht, das Aufkündigen der Verträge als Verrat neu zu qualifizieren. Im allgemeinen und für normale Verhältniſſe kann man Vliegens Argumenten zuſtimmen, von dem ich übrigens nicht weiß, ob er den Treubruch Italiens ebenſo als Verrat bezeichnet hat. (Natürlich weiß Troelſtra ſehr gut, daß es gerade Vliegen war, der ausgerechnet in dem berüchtigten Amſterdamer „Telegraaf" in zwei Artikeln den Treubruch Italiens verteidigt hat. Der Berichterſtatter.) Wie ſtanden aber die Dinge in Rußland, als jene Verträge geſchloſſen wurden? Da herrſchte noch das zariſtiſche Syſtem. Die ſpätere proviſoriſche Regierung übernahm die Verträge in der Meinung, dazu verpflichtet zu ſein. Nehmen wir einmal an, daß in unſerem Lande eine ſolche revolutionäre Bewegung entſtünde; daß die Regierung durch eine revolutionäre erſetzt würde, und daß ich (Troelſtra) die Ehre hätte, Mitglied der Regierung zu werden, und einen Vertrag fände, der mit Amerika gegenüber Japan geſchloſſen wurde. Kann man ſich dann vorſtellen, daß ein Miniſter, der auf Grund des Gegenſatzes zur vorigen Regierung, die dieſen Vertrag ſchloß, gewählt wurde, einen ſolchen Vertrag ausführen ſoll? Er, Redner, würde den Vertrag veröffentlichen, zerreißen und ſagen, daß man damit nichts zu ſchaffen haben wolle. Lang anhaltender Beifall folgte dieſen Worten.

Die Reſolution Troelſtras wurde in etwas geänderter Faſſung angenommen.

Druckſachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden ſauber und pünktlich angefertigt in der
Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote", Johannisſtr. 46.

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schücking.

39. Fortſetzung.

Richard gab kurze Auskunft, ſoviel ihm gut ſchien.

„Aber daß ein ſolcher feiner Herr hierher gebracht wird!" rief der Schuſter aus . . . „denn wenn's auch keine Schande juſt nicht iſt, es kann ja auch einem ehrlichen Kerl paſſieren, wie dem Berend und mir, bloß weil ſie jetzt allerhand neue Gewerbegeſetze und Polizeiverordnungen machen, von denen in der guten alten Zeit niemand nichts wußte und womit ſie jetzt die Leute drangſalieren, ſo daß man, ehe man ſich's verſieht, eingeſpunnt ſitzt und kommt in Verluſt und Schaden und verliert ſeine Kundſchaft, die man acht oder gar vierzehn Tage lang nicht bedienen kann, und das um weiter nichts, als weil man's nicht richtig gemacht hat mit dem Maire und dem Receveur, und was da nun alles einem armen Teufel an ſeine paar ſauer verdienten Stüber will; und darum ſage ich, eine Schande iſt's juſt nicht in der heutigen Zeit, aber verwundern tut es einen doch, von einem feinen vornehmen Herrn . . ."

Richard hielt es nicht für nötig, den Lügenſchuſter dieſen langen Satz zu Ende führen zu laſſen; er unterbrach ihn mit den an Spielberend gerichteten Worten: „Es verlohnt nicht der Mühe, davon zu reden, wie ich hierher gekommen bin; Ihr könnt immerhin annehmen, daß an meinen Päſſen und Papieren etwas gefehlt habe — ſagt mir, was Ihr vorhin von Mamſell Ritterhauſen ſprachet."

„Ich weiß nicht, Herr," verſetzte Spielberend, „ob Ihr von allem unterrichtet ſeid, was in den letzten Tagen vorgegangen iſt in dem Hauſe, welches einſt das Eurige war . . ."

„Ich weiß alles, Berend, darum redet!"

„Nun ſeht, ſo wißt Ihr auch, daß Herr Ritterhauſen und ſeine Tochter in Verdacht ſind, und daß dieſe Franzoſen ſich in den Kopf geſetzt haben, von dem Rheider Hammer aus müßte der Streich geführt worden ſein, der den fremden Grafen aus der Welt geſchafft hat."

„Ich weiß es, Berend. Was weiter?"

„Nun, weiter ſagt' ich nichts zu meinem Freunde, dem Lügenſchuſter hier, als daß die Franzoſen gar dumm ſind; denn wären ſie nicht dumm, ſo hätten ſie längſt ſich geſagt, daß ein Mann iſt im Lande der Berge, der mehr weiß und mehr ſieht als alle miteinander, und ſie wären gekommen und hätten den Mann gefragt, und er würde ihnen geſagt haben, was für ein Meſſer das geweſen iſt, das den toten Grafen kalt gemacht hat. Auf dem Rheider Hammer iſt es nicht geſchmiedet, das Meſſer, das verſichere ich Euch, Herr!"

„Ihr verſichert es, Berend . . . und da Ihr jawohl ſelber der Mann ſeid, von dem Ihr ſagt, daß er mehr weiß und ſieht als andere Leute, ſo hoffe ich, Ihr haltet gegen mich nicht hinter dem Berge mit dem, was Ihr von der Sache erfahren habt."

„Erfahren? Nun, wenn Ihr's erfahren nennen wollt, Herr, ſo bin ich damit zufrieden, weil Ihr es ſeid, Richard von Huckarde, den ich von klein auf gekannt habe, und der, wenn er auch von Natur und Rechts wegen ein vornehmer Herr iſt, doch niemals ſtolz war gegen unſereinen, und auch heute noch nicht — beſonders," ſetzte Spielberend mit liſtigem Augenblinzeln hinzu, „wo man ſo gemütlich mit ihm zuſammen iſt wie hier in dieſer angenehmen Geſellſchaft, zu der uns die Herren Franzoſen zuſammen geladen haben! Und ſo ſage ich Euch, Herr, daß ich etwas davon erfahren habe. Denn es iſt in der Nacht paſſiert, und wenn ich auch nicht dabei geweſen, Gott bewahre meine Seele, ſo weiß ich doch, wie es iſt zugegangen, und wie der Deſerteur aus ſeinem Verſteck, das die Mamſell Ritterhauſen ihm gewieſen hatte, iſt hervorgekommen und iſt an des Grafen Bett getreten und hat davor geſtanden und hat ihn betrachtet, wie er dagelegen in ſeinem Schlaf, und der Deſerteur hat dabei allerlei böſe Gedanken gehabt in ſeinem tückiſchen Kopf. Denn die beiden, müßt Ihr wiſſen, Herr, waren alte Bekannte, der Deſerteur und der Graf, und hatten ſchon einmal miteinander zu tun gehabt, um ein Weibsbild, mein' ich, iſt es geweſen, oder welchen Span ſie ſonſt miteinander mögen gehabt haben. Wie nun der Deſerteur ſo daſteht und denkt, ſoll ich jetzt dich kalt machen oder ſoll ich es nicht, da wacht plötzlich der Graf auf. Und weil er ein Licht hat vor ſeinem Bette brennen laſſen, erkennt er den Johannes — Johannes Selke hieß der Mann mit ſeinem richtigen Namen — erkennt er gleich ſein Geſicht, und da hat er einen Todesſchreck bekommen und hat nach einem Meſſer oder Dolch, den er auf ſeinem Tiſchlein vor dem Bett liegen gehabt, gegriffen, und iſt aufgeſprungen und hat dem Selke das in den Hals ſtoßen wollen. Der Selke aber nicht faul, faßt des Grafen Arm, und nun ringen ſie und der Selke erhält mit dem Meſſer eins in die Rippen, bekommt aber gleich darauf das Meſſer zu packen und ſticht den Grafen damit in die Bruſt, daß er rücklings überſtürzt auf ſein Bett zurück. Und da faßt der Selke ihn an die Gurgel und ſtranguliert ihn mit der Fauſt, bis er hin iſt und kaput!"

„Und der Mörder?" rief hier Richard, der atemlos vor Spannung dieſer Erzählung gelauſcht hatte, aus.

„Der Johannes? Der macht ſich ſacht ſogleich aus dem Staube, hinten zum Turm hinaus, wo er die Tür leichlich von innen aufmachen kann; denn das Schloß ſchließt ſchon lange nicht mehr und es iſt nur ein alter Riegel noch da . . ."

„Und alles das, Berend," fiel Richard ein, „wollt Ihr erfahren haben durch Eure Spukſeherei?"

Der Lügenſchuſter lachte hier.

„Spukſeherei!" ſagte er. „Wollte Gott, es wäre bloßer Spuk geweſen!"

Berend ſchwieg.

„Um des Himmels willen, Menſch, woher habt Ihr dies alles," fuhr Richard den Spielmann noch einmal an, „und wenn Ihr es wißt, daß der Mörder und ſein Opfer ſeit früher Feinde waren, weshalb gebt Ihr es dem Gerichte nicht an?"

Spielberend wandte ſich ab.

„Alles zu ſeiner Zeit, Herr," ſagte er. „Erſt ſollen ſie mich loslaſſen aus dieſer Priſon, und dann . . ."

„Dann?"

„Dann will ich ſehen, ob es ſo weit iſt!"

„So weit — wie weit? Wohin wollt Ihr es kommen laſſen? Bis die Ritterhauſen ſchimpflich verurteilt ſind und vor der ganzen Welt als Mörder daſtehen?"

„Es wird ihnen nicht gleich an den Kragen gehen, Herr," verſetzte Berend, „und dem Herrn Ritterhauſen ſchadet's vielleicht auch nicht, wenn ſie ihn ein wenig drangſalieren — ich denke mir, er wird davon etwas höflicher und demütiger werden, als ſeine Manieren nun ſind."

„Berend," fuhr Richard zu ſprechen fort, „Ihr habt ein paar Männer vor Euch, glaub' ich?"

„Das ſoll heißen, Herr?" fragte der Spielmann.

„Männer," verſetzte Richard, „und keine Kinder, die ſich Märchen aufbinden laſſen. Oder meint Ihr, der Schuſter Matthias hier glaubte Euch, wenn Ihr ſagt, Ihr hättet alles das, was Ihr erzählet, durch Euer zweites Geſicht, Eure Spukſeherei erfahren?"

„Das glaubt der Schuſter von Hebborn nicht," ſagte Matthias ſpöttiſch.

„Und daß ich es nicht glaube, davon werdet Ihr, denk' ich, ſelber überzeugt ſein, ohne daß ich's Euch lange ſage! Alſo, Berend, rückt heraus damit! Gebt es offen an: woher habt Ihr das, was Ihr wißt."

„Was ich weiß?" antwortete der Spielmann. „Weiß ich denn etwas? Ihr glaubt mir ja nicht, ſagt Ihr. Du nicht, Lügenſchuſter, und Ihr nicht, Herr von Huckarde. Warum redet Ihr denn von dem, was ich weiß?"

„Weil Ihr das, was Ihr erzähltet, mit dem Tone der Wahrheit vortrugt. Weil es Euch ſelbſt grauſte bei dieſer nächtlichen Szene voll Grauſamkeit, Mord und Blut, die Ihr ſchildertet. Weil Eure Augen dabei ſprachen wie Euer Mund. Und darum ſprecht, ſprecht, woher wißt Ihr es?"

„Nun," ſagte Spielberend, und dabei lachte er in ziemlich roher Weiſe laut auf, „ich weiß es aus der beſten Quelle!"

„Das heißt von dem Elenden . . dem Mörder?"

Spielberend nickte bloß.

(Fortſetzung folgt.)

Die Wahlrechte der deutſchen Bundesſtaaten.

I.

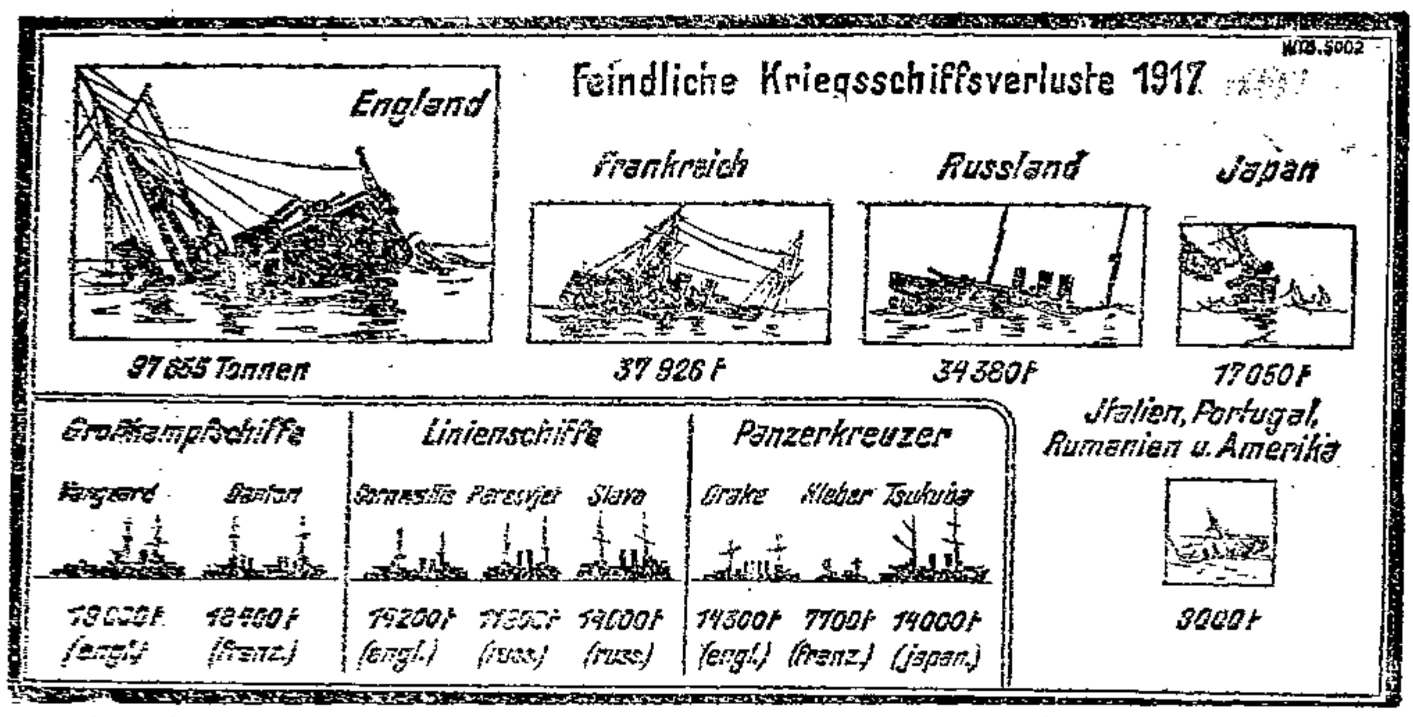
Eine Zuſammenſtellung der Wahlrechte der deutſchen Bundesſtaaten, die dem preußiſchen Abgeordnetenhauſe auf Wunſch ſeiner Wahlrechtskommiſſion zugegangen iſt, bietet ein buntes Bild. Von den 23 in Betracht kommenden Bundesſtaaten beſteht — abgeſehen von Preußen — noch in ſechs das Dreikammerſyſtem und zwar in Baden, Bayern, Heſſen, Sachſen, Württemberg und Elſaß-Lothringen. In einer größeren Zahl der übrigen Bundesſtaaten iſt die Volksvertretung derartig gebildet, daß ſie ſich neben gewählten auch aus ernannten Mitgliedern zuſammenſetzt. Das iſt der Fall in Anhalt, wo von 46 Abgeordneten zwei vom Herzog ernannt ſind; 8 die meiſt beſteuerten Grundbeſitzer, 5 die meiſt beſteuerten Handel- und Gewerbetreibenden, je einen die Handelskammer, [illegible] und Arbeiterkammer entſendet, während 10 von den Städten und 11 vom platten Lande gewählt werden. In Braunſchweig gehen von den 48 Abgeordneten 18 aus beſonderen Berufsſtänden, 30 aus allgemeinen Wahlen hervor. In Reuß ä. L. werden von 15 Abgeordneten 3 vom Landesherrn ernannt, 2 werden von Rittergutsbeſitzern, einer von den ländlichen Gemeindevorſtehern aus ihrer Mitte und 7 von den übrigen Standesangehörigen gewählt. Außerdem gehören dem Landtage die beiden Bürgermeiſter von Greiz und Zeulenroda an. In Reuß j. L. zählt der Landtag 21 Mitglieder und zwar dem fürſtlichen Beſitzer des Reuß-Köſtritzer Paragiums, 3 Abgeordneten der Höchſtbeſteuerten mit über 7500 Mk. Einkommen und 17 Abgeordneten der übrigen Wähler.

In Sachſen-Weimar gehen von den 38 Abgeordneten 23 aus allgemeinen Wahlen hervor, 5 werden gewählt von den größeren Grundbeſitzern, 5 von den übrigen Höchſtbeſteuerten, je einer von der Univerſität Jena, der Handelskammer, der Landwirtſchaftskammer, der Handwerkerkammer und der Arbeitskammer. Schaumburg-Lippe zählt 15 Abgeordnete, und zwar 2 vom Landesherrn ernannte Vertreter, je einen Vertreter des ritterſchaftlichen Grundbeſitzes, der Geiſtlichkeit, der übrigen Akademiker, der Stadt Stadthagen, 2 Vertreter von Bückeburg und 7 ländliche Vertreter. In Schwarzburg-Sondershauſen werden 6 Mitglieder des Landtags vom Fürſten ernannt, 2 vertreten die Höchſtbeſteuerten, 6 gehen aus allgemeinen Wahlen hervor.

In einer Reihe weiterer Landtage finden wir zwar keine ernannten Abgeordneten, wohl aber ſind hier die Abgeordneten nach verſchiedenen Geſichtspunkten getrennt. So werden in Hamburg von den 160 Mitgliedern 80 durch alle Bürger, 40 durch die Grundeigentümer der Stadt und 40 durch die Notabeln gewählt. In Heſſen erfolgt die Wahl von 15 Abgeordneten von einzelnen Städten, während 42 Abgeordnete von den aus den übrigen Gemeinden gebildeten Wahlkreiſen gewählt werden. In Sachſen gehen 43 Abgeordnete der Zweiten Kammer aus ſtädtiſchen, 48 aus ländlichen Wahlkreiſen hervor. In Sachſen-Altenburg finden wir 11 Vertreter der Städte, 12 Vertreter der die höchſte Perſonalſteuer Zahlenden, 16 Vertreter der übrigen Wähler. In Schwarzburg-Rudolſtadt die Höchſtbeſteuerten 4 Vertreter, die übrigen gehen aus allgemeinen Wahlen hervor. In Württemberg endlich werden 75 Abgeordnete von den größeren Städten und Oberamtsbezirken, 17 von 2 Landes-Wahlkreiſen gewählt.

Einheitliche Volksvertretung, d. h. ſolche, wo die Abgeordneten auf Grund ein- und desſelben Wahlgeſetzes und aus der geſamten Wählerſchaft ohne Trennung in Berufsarten oder ſonſtige Merkmale gewählt ſind, treffen wir nur in Preußen, Baden, Bayern, Bremen, Elſaß-Lothringen, Lippe-Detmold, Oldenburg, Sachſen, Coburg, Gotha, Waldeck und Pyrmont.

Die feindlichen Schiffsverluſte 1917



Im verfloſſenen Jahre haben unſere Gegner ohne die zuletzt zerſtörten Torpedobootszerſtörer 196 000 To. an Kriegsſchiffsverluſten gehabt. Unſere Statiſtik gibt ein zeichneriſch anſchauliches Bild von der Größe und von der Verteilung dieſer Verluſte. Der erſte obere Teil des Bildes bezieht ſich auf die verlorene Geſamttonnage, während der untere Teil die Verluſte der einzelnen Nationen nach Schiffsklaſſen und die Silhouetten der verloren gegangenen Schiffseinheiten wieder gibt. England trifft der Hauptanteil, Frankreich ſteht an zweiter Stelle und Rußland hat diesmal beſonders ſchwere Verluſte, in erſter Linie hervorgerufen durch den Verluſt der Linienſchiffe „Pereſwjet“ und „Slava“. Auch Japan hat einen Kreuzer mit 14 000 Tonnen eingebüßt. Die feindlichen Kriegsflotten haben insgeſamt im vergangenen Jahre 13 Linienſchiffe und Kreuzer verloren. Die kleineren Schiffe ſind in unſerer bildlichen Darſtellung mit Rückſicht auf die Raumverhältniſſe fortgelaſſen. Das Ergebnis wiegt um ſo ſchwerer, wenn man bedenkt, daß die deutſche Kriegsflotte im vergangenen Jahre nicht ein einziges größeres Schiff über 1500 Tonnen eingebüßt hat.

Politiſche Rundſchau.

Deutſchland.

Die ſofortige Einberufung des Reichstages abgelehnt.

Im Seniorenkonvent wurde am Donnerstag der Arbeitsplan für die nächſte Zeit vereinbart. Der Antrag, den Reichstag ſofort einzuberufen, wurde gegen die Stimmen der beiden ſozialdemokratiſchen Fraktionen abgelehnt. Der Ausſchuß wird ſeine Beratungen die nächſten Tage hindurch fortſetzen.

Bevorzugung der Vaterlandspartei.

Aus einer kleinen Anfrage des Abg. Stubbe (Soz.) erfährt man, daß der preußiſche Kriegsminiſter eine Verfügung erlaſſen hat, wonach die Deutſche Vaterlandspartei nicht als politiſcher Verein im Sinne des § 49 Abſ. 2 des Reichsmilitärgeſetzes angeſehen werden kann und demnach keine Veranlaſſung vorliegt, Militärperſonen den Beitritt zur Deutſchen Vaterlandspartei zu verbieten.

Dieſe Verfügung iſt auffällig, weil allgemein Militärperſonen die Zugehörigkeit zu politiſchen Vereinen nachdrücklich verboten wird, wie beiſpielsweiſe der ſtellvertretende kommandierende General des 9. Armeekorps es verboten hat, in Heer und in der Marine Mitglieder für politiſche Vereine, namentlich Wahlvereine, zu werben. Die Verfügung iſt auch ſachlich unberechtigt, weil die Deutſche Vaterlandspartei als eine ausgeſprochen politiſche Kampfpartei gegen die Mehrheitsparteien des Reichstages gegründet worden iſt und deshalb behördlicherſeits nicht anders behandelt werden darf als dieſe.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der bayeriſche Kriegsminiſter auf eine Anfrage des Abg. Müller-Meiningen geantwortet hat, daß er die Vaterlandspartei nicht anders behandele als andere politiſche Parteien.

Die neueſte Agitation der Alldeutſchen.

Wir leſen im „Berliner Tageblatt“:

Die alldeutſche Agitation an der Front nimmt immer groteskere Formen an. Am Sonntag hat der Pfarrer Heckenroth, Feldgeiſtlicher beim Oberkommando der Heeresgruppe v. Mackenſen im Militärgottesdienſt der evangeliſchen Kirche zu Bukareſt eine Predigt gehalten, in der u. a. folgende Betrachtungen enthalten ſind:

„[illegible] redet man von einem Frieden unter allen Bedingungen, ſelbſt unter Verzicht auf ein größeres, mächtigeres Vaterland. Umſonſt hätten die Tauſende der Söhne unſeres Volkes geblutet haben und geſtorben ſein! Mein deutſches Volk, das Blut deiner beſten Söhne würde anklagend, Rache fordernd zum Himmel ſchreien! Mir iſt's, als ob ſie alle, die unter dem Zeichen der Treue beſiegelt, in kühler Erde ruhen, aus ihren Gräbern ſich erheben und unſer Land durchſchreiten mit [illegible] Gebärde: deutſches Volk, es wird nicht lange mehr währen, halte noch ein wenig aus, und der endgültige Sieg und ein ehrenvoller Friede iſt uns gewiß! Ja, mir iſt's, als ob der allmächtige Gott ſelbſt unſer Land durchſchritte und [illegible] all der [illegible] Erwägungen [illegible] und Erregung die [illegible] Klage und Anklage gegen uns erhebe: ‚Was habe ich dir getan, mein deutſches Volk, womit habe ich dich beleidigt, daß du alſo mit Undankbarkeit, [illegible] und [illegible] [illegible]?‘“

Dieſe eigenartige Predigt iſt im Druck erſchienen und an der Front verteilt worden. Ferner wird uns mitgeteilt, daß man gleichzeitig an ſeinen Frontabſchnitten eine Razzia auf das „Berliner Tageblatt“ veranſtaltet hat. An eine Reihe von Unteroffizieren und Gefreiten iſt folgender ſchriftliche Befehl ergangen:

> „An Gefreiten ...
>
> Stellen Sie ſofort vertraulich feſt, wer das „Berliner Tageblatt“ und die „Elberfelder Zeitung“ lieſt.
>
> ...., Leutnant.“

Dieſe Geſinnungsſchnüffelei paßt wenig zu den immer neuen Verſicherungen der oberſten Militärbehörden, daß die Offiziere ſich jeden politiſchen Einfluſſes auf die Mannſchaft zu enthalten hätten. Es ſcheint aber notwendig, daß der Reichstag ſich, nach den wenig erfreulichen Debatten über den „Aufklärungsdienſt“ im Heere, abermals mit dieſer Angelegenheit wird beſchäftigen müſſen.

„Wo bleibt der York?“

Die „Deutſche Tageszeitung“ ſchreit nach einem neuen York, d. h. einem General, der einfach dem König den Gehorſam verweigert und auf eigene Fauſt eine „nationale Befreiungstat“ vollbringt. Sie raſt gegen die Volksabſtimmung „aller öſtlichen Analphabeten“ und gegen die Verhandlungen in Breſt-Litowſk mit „einer Veteranin der Zwangsarbeit und ihren Schickſalsgefährten von hohen anarchiſtiſchen Graden“. Die „verſchrobenen Dreiſtigkeiten“ dieſer Abgeſandten des „zerſchlagenen Rußlands“ müßten derb zurückgewieſen, die Scheidewand niedergeriſſen werden, die von den Scheidemännern zwiſchen dem Kaiſer und den „beſten und bewährteſten Kreiſen des Volkes“ aufgerichtet ſei.

Wenn Kühlmann ſolchen Haß bei den verrückteſten Alldeutſchen weckt, kann ſeine Arbeit nicht gar ſo ſchlecht ſein.

Spanien.

Bevorſtehende Auflöſung des Parlaments. Die ſpaniſche Zeitung „El Sol“ glaubt, daß der Miniſterpräſident dem König Alfonſo morgen das Dekret wegen Auflöſung der Cortes zur Unterzeichnung vorlegen wird.

Die Weihnachtskonferenz der franzöſiſchen Gewerkſchaften.

Die ganze franzöſiſche Preſſe beſchäftigt ſich mit den Verhandlungen in Clermont-Ferrand. Während die kapitaliſtiſchen Zeitungen den Sieg Jouhaux' und ſeiner Mehrheit feiern, behauptet Renaudel in der „Humanité“, daß die Entſchließung der Konferenz über die „Internationale und den Frieden“ beiden Richtungen gerecht werde und der Haltung der franzöſiſchen Sozialiſtiſchen Partei entſpreche.

Wortlaut der Entſchließung.

„Angeſichts der gegenwärtigen Kriegslage und der geiſtigen Unruhe, die durch eine gewiſſenloſe und reaktionäre Preſſe veranlaßt wurde; angeſichts der Fehler unſerer Diplomatie und des Mangels an Einheit der Regierungserklärungen über die Kriegsziele, verurteilt die Gewerkſchaftskonferenz alle geheime Diplomatie und alle Verhandlungen, die ohne Vorwiſſen der Nation geführt werden; ſie verlangt, daß man die Nation in Kenntnis ſetzt von den Bedingungen, unter denen ein allgemeiner, gerechter und dauerhafter Friede geſchloſſen werden könnte.

„Die Konferenz erinnert an die folgenden Formeln, die diejenigen des Präſidenten Wilſon und der ruſſiſchen Revolution waren und noch ſind:

„Keine Annexionen; das Recht der Völker, über ſich ſelbſt zu beſtimmen; Wiederherſtellung der Unabhängigkeit und der Unverſehrtheit der gegenwärtig beſetzten Länder; Wiedergutmachung der angerichteten Schäden; keine Kriegsentſchädigungen; kein Wirtſchaftskrieg nach Einſtellung der Feindſeligkeiten; Freiheit der Meerengen und der Meere; Errichtung pflichtmäßiger Schiedsgerichte, um die zwiſchenſtaatlichen Differenzpunkte zu regeln; Begründung eines Bundes der Nationen.

„In Uebereinſtimmung mit den Anſichten der Arbeiter dieſes Landes beauftragt die Konferenz den Gewerkſchaftsbund, ſich mit aller Kraft zu bemühen, von der franzöſiſchen Regierung die Veröffentlichung der Friedensbedingungen zu erhalten. Sie fordert inſtändigſt die Arbeiter aller Länder auf, von ihren Regierungen eine genau formulierte Veröffentlichung der Friedensbedingungen zu erlangen. Dieſe Forderung wurde von der ruſſiſchen Revolution ſeit Beginn geſtellt, und wir ſtimmen ihr bei, da dies unter den gegenwärtigen Umſtänden das einzige Mittel zu ſein ſcheint, einem Sonderfrieden vorzubeugen.

„Aus dieſen Gründen und damit dieſe Grundſätze ſiegen, beſtätigt die Konferenz das Recht der Arbeiterklaſſe aller Länder im allgemeinen und der franzöſiſchen im beſonderen, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen und nötigenfalls ſie hervorzurufen.“

Die Entſchließung wurde mit allen Stimmen gegen zwei Enthaltungen angenommen.

Ryſers Begrüßungsrede.

In unſerem letzten Berichte gaben wir die Begrüßungsrede des ſchweizeriſchen Delegierten Ryſer ſo wieder, wie die „Bataille“, das Organ des franzöſiſchen Gewerkſchaftsbundes, ſie veröffentlicht hatte. Wie wir aus der ſchweizeriſchen Arbeiterpreſſe erſehen, hatte die Stelle über die Entfernung des Internationalen Sekretariats aus Berlin einen anderen Wortlaut. Ryſer ſagte:

„Ich wünſche, daß die nächſte internationale Gewerkſchaftskonferenz ſo ſchnell als möglich ſtattfinde, damit die Frage der Verlegung des Internationalen Sekretariats erledigt wird und die internationale Tätigkeit der Arbeiter beginnen kann.“

Gewerkſchaftsbewegung.

Wilhelm Röſſel tot. Der zweite Vorſitzende des Deutſchen Textilarbeiter-Verbandes, Wilhelm Röſſel, iſt als ein Opfer des Weltkrieges zu beklagen. Zunächſt wurde er als vermißt, ſpäter als gefangen gemeldet. Aus dem rumäniſchen Kriegsgefangenenlager Sipote kam ſchon vor längerer Zeit die Mitteilung, daß Röſſel daſelbſt verſtorben iſt. An der Richtigkeit der Meldung iſt jetzt nicht mehr zu zweifeln. Mit Röſſel iſt ein Mann der Textilarbeiter-Bewegung und auch der deutſchen Gewerkſchaftsbewegung entriſſen, der noch zu großen Hoffnungen berechtigte. In ſeiner Berufsorganiſation war er als tüchtiger Organiſator und Führer geſchätzt und geachtet. Die internationale Textilarbeiter-Organiſation verdankt ihm eine tatkräftige Mitarbeit.

Erſtarkung der Unternehmerorganiſationen. Bezeichnend für die organiſatoriſche Erſtarkung der Unternehmerorganiſationen ſelbſt in der Kriegszeit ſind die Vorgänge in der Brauinduſtrie. Nach dem Tätigkeitsbericht des Deutſchen Brauer-Bundes (Unternehmerverbandes) ſind dem Bunde im Geſchäftsjahr 1916/17 noch 234 einzelne Brauereien beigetreten; über 100 Brauereiverbände gehören ihm als korporative Vereine an. So iſt die Tatſache feſtzuſtellen, daß der Brauer-Bund das geſamte Braugewerbe, vom größten bis zum kleinſten Betriebe, mit den Hunderttauſenden in ihm ſchaffenden Männern und den in ihm arbeitenden nationalen Werte im Betrage von 3—4 Milliarden Mark vertritt. Mit dieſer vollen, reſtloſen Umfaſſung der Geſamtheit eines größten deutſchen Induſtriezweiges ſteht der Deutſche Brauer-Bund einzig da im deutſchen Wirtſchaftsleben. Die Zahl der Angeſtellten des Bundes ſtieg infolge der ausgedehnten kriegswirtſchaftlichen Tätigkeit von 16 am Anfang des Krieges auf 104 Mitte Oktober 1917. Der Bund hat durch ſeinen Anſchluß an den Bund der Induſtriellen ſich einen ſtarken Rückhalt geſchaffen; er verlangt auch eine Vertretung im „Deutſchen Induſtrierat“, um namentlich für die Uebergangszeit und für die ſpätere Geſtaltung der Produktions- und Handelsbedingungen die Intereſſen des Braugewerbes wahren zu können. Natürlich wird die ſo ſtarke Unternehmerorganiſation auch bei zukünftigen Lohnfragen ihr gewichtiges Wort mitreden wollen. Anzeichen dafür ſind ſchon vorhanden. In Verſammlungen des Bundes iſt ſchon darauf hingewieſen worden, daß die von den Arbeiterorganiſationen angeſtrebten Lohnerhöhungen ernſte Aufmerkſamkeit erfordern. Die Lohnfrage ſoll an einer Zentralſtelle, im Boykottſchutz-Verband für Brauereien, bearbeitet werden. Die Unternehmer halten die während der Kriegszeit zugebilligten Lohnerhöhungen nur für vorübergehend; ſie hoffen auf eine Preisſenkung der meiſten für den Lebensunterhalt notwendigen Gegenſtände, und denken damit ſicher auch eine Kürzung der Löhne vornehmen zu können. Wie weit dieſe Hoffnungen ſich erfüllen werden, ſteht noch ſehr dahin. Jedenfalls haben die Arbeiter — und zwar nicht nur in dieſem Gewerbe, ſondern in allen Induſtrien — ein großes Intereſſe daran, für eine Stärkung ihrer Organiſationen ſehr bedacht zu ſein und nicht etwa, ſchlechten Beiſpielen folgend, durch organiſatoriſche Zerſplitterungen ihre wirtſchaftliche Kraft zu ſchwächen.

Aus Nah und Fern.

Brandunglück. Beim Dreſchen in der Scheune des Landwirts Berkel gen. Tenkotten in Poſſum (Weſtf.) explodierte der Benzolbehälter. Bald ſtand der Raum in Flammen. Berkel, der ſich mit ſeinem achtjährigen Sohne an der Maſchine befand, vermochte ſein Kind nicht zu retten und gelangte ſelbſt, während ſeine Kleider lichterloh brannten, nur mit knapper Not ins Freie. Obſchon ſofort ärztliche Hilfe zur Stelle war, gelang es nicht, ihn am Leben zu erhalten.

Heftiger Schneeſturm in Königsberg. Ein außerordentlich heftiger Schneeſturm mit Gewitter und Hagelſchlag rief am Mittwoch nachmittag in Königsberg große Störungen im Verkehr hervor. In der Stadt mußte die Straßenbahn den Betrieb völlig einſtellen. Der Verkehr konnte noch nicht wieder aufgenommen werden. Die Züge der Eiſenbahnen hatten große Verſpätungen. Die Kleinbahnen ſtellten den Verkehr ein. Die Fernſprech- und Telegraphenleitungen ſind größtenteils unterbrochen.

Ankündigung der Lebensmittelkarten-Verteilung durch die Kinos. Aus Leipzig wird berichtet: Um den Hausfrauen die Lebensmittelkarten-Verteilung zur Kenntnis zu bringen und ſie vor Schaden zu behüten, der durch Verſäumnis der Anmeldung entſtehen kann, werden jetzt die bevorſtehenden Verteilungen auf der weißen Wand der Lichtſpielhäuſer angekündigt.

Untergang des Hilfsſchiffes der Shakleton-Expedition. Die „Aurora“, die die Mitglieder der Shakleton-Expedition, die beinahe zwei Jahre im Polareiſe zurückgeblieben waren, befreite, iſt nach Berichten aus London mit der ganzen Beſatzung untergegangen. Das Schiff war aus Wellington (Neuſeeland) im Juni vorigen Jahres abgegangen. Danach wurden keine Nachrichten mehr empfangen. Schiffe, die ausgeſandt waren, um die Inſeln der Stillen Südſee abzuſuchen, haben keine Spur von der Beſatzung gefunden, wohl aber eine treibende Rettungsboje und Wrackholz, die den Namen „Aurora“ trugen.

Große Kälte in Südweſteuropa und Nordafrika. Aus Baſel wird gedrahtet: Aus Paris melden die „Basler Nachr.“: Infolge der großen Kälte tauchen in den Tälern der Toulouſe Rudel Wölfe auf. Im Departement Ariege (Nord-Pyrenäen) ſind Bären erſchienen. In Spanien herrſchen außerordentliche Kälte und ſtarke Schneeſtürme. Aus Algier liegen ebenfalls Meldungen über große Kälte vor.

Schwere Exploſionen in Norfolk. Der „Telegraaf“ meldet aus Newyork vom 2. Januar: Geſtern haben in Norfolk in Virginien drei Exploſionen und Feuersbrünſte ſtattgefunden. Der Schaden wird auf 12 Millionen Dollar geſchätzt. Ungefähr 1000 Seeleute helfen bei den Löſcharbeiten, wodurch die Stadt vor dem Untergang bewahrt wird. Man glaubt (!!), daß die Exploſionen auf böswillige Anſtiftung zurückzuführen ſind.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.